

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Zentralausgabe für Deutschland

Oktober 2015
32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

DEUTSCHLAND	Adventistischer Führungskongress zum Thema Resilienz	2
	Freikirchenforschung nicht nur Rückschau.....	2
	Adventisten veröffentlichen Erklärung zur aktuellen Flüchtlingssituation	4
	Anleitung „Gemeinsam für Flüchtlinge“	4
	Mitgliederversammlung der ACK beschäftigt sich mit „Mission“	5
	„Für ein Miteinander in Vielfalt“	6
	EAK-Studententag befasst sich mit Rüstungspolitik und Konversion.....	7
	Freiheitsimpulse der Reformation durch freikirchliche Minderheiten umgesetzt	9
INTERNATIONAL	Rekordergebnis für die Bibelverbreitung.....	10
	Christliche Werte können langfristig Frieden bringen	11
	Bewaffnete töten sieben Adventisten in Kamerun	11
	Weitgehende Einigung bei Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils 2016.....	12
	Turbulenzen der Weltwirtschaft können Adventisten Millionen kosten	13
	Gottfried Locher zum Präsidenten von Europas Protestanten gewählt	15
	Gedenken an Adventisten als Opfer des armenischen Völkermords vor hundert Jahren	15
	Ordination: Adventisten in Norwegen und Dänemark auf neuen Wegen.....	17
ENTWICKLUNG	Ein Weihnachtsgeschenk für Kinder in Osteuropa.....	20
	Flüchtlinge so behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte	21
	ADRA Deutschland legt Jahresbericht 2014 vor.....	22
KULTUR	Sich schützend vor Minderheiten stellen.....	23
	Neues Schuljahr auf der „Marienhöhe“ wieder mit Gesundheitstagen und Sponsorenlauf	24
	Weltethos-Ausstellung in der Adventgemeinde Berlin-Köpenick lädt zu religionsübergreifender Mitmenschlichkeit ein	24
MEDIEN	Blindenhörbücherei stellt Versand von Hörkassetten ein	25
REZENSION	Karl Heinz Voigt, <i>Ökumene in Deutschland</i>	25
	Impressum.....	28

DEUTSCHLAND

Adventistischer Führungskongress zum Thema Resilienz

Schwäbisch Gmünd/APD Unter dem Motto „Führen mit Vision“ fand vom 24. bis 27. September im christlichen Gästezentrum Schönblick, Schwäbisch Gmünd, der dritte Adventistische Führungskongress zum Thema Resilienz statt. Die rund 350 haupt- und ehrenamtlichen kirchlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz konnten neben den Plenumsveranstaltungen aus zehn Workshops Themen wählen, die für ihr Engagement in der Freikirche relevant sind.

Die Referate im Plenum gingen der Frage nach, wie man mit Belastungen, Herausforderungen und Stress in der kirchlichen Arbeit als ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende umgehen kann, ohne dabei auszubrennen. Oder wie man nach einer Krise, im Sinne einer Selbstregulation, wieder zu Kräften kommen kann. Die Teilnehmenden hatten während des Referats die Möglichkeit, ihre Fragen per SMS für die anschließende Vertiefungsrunde mit den Referenten zu übermitteln. Laut der Teilnehmerbroschüre zum Kongress versteht man unter Resilienz „die Eigenschaft von Menschen oder von ganzen Organisationen, Belastungen stand zu halten und auch unter schwierigen Bedingungen gesund und leistungsfähig zu bleiben“.

Organisationale Resilienz

Unsere Zeit sei geprägt von Nichtberechenbarkeit, was viele Menschen überfordere, sagte Dr. Dietmar Nowotka, Organisationsberater, im Referat über „Organisationale Resilienz“. Resilienz sei aber keine Persönlichkeitseigenschaft im Sinne eines Besitzes, sondern eine psychische Anpassungsleistung, die Aktivität erfordere und gelernt werden könne. Organisationen könnten durch den Aufbau resilienter Strukturen, wie verbesserter interner Kommunikation und Changemanagement als andauernder Aufgabe, wachsam und transparent auf neue Situationen reagieren oder diese vorwegnehmen. Durch gemachte Erfahrungen, die reflektiert würden, könnten neue Erkenntnisse gewonnen und in Kompetenzen umgewandelt werden.

Ruhe und Achtsamkeit

Karin Roth, Leiterin der Ombudsstelle der Erzdiözese Salzburg/Österreich, teilte ihre Erfahrungen im Umgang mit Stress, der mit zunehmender Intensität das eigene Wahrnehmungsfeld entsprechend verenge. Sie stellte

einen Selbstentwicklungskreislauf mit sieben Bereichen vor, der unter anderem über Selbstwahrnehmung, Selbstakzeptanz, Selbstverantwortung, Selbstvertrauen und Selbstreflexion zu mehr Achtsamkeit gegenüber sich selbst und der Umwelt und zu mehr Gelassenheit führen könne.

Wichtigkeit von Werten

Sich nach Werten auszurichten, habe einen starken Einfluss auf die Resilienz, die psychische Widerstandsfähigkeit und damit auf die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, sowohl für Menschen, als auch für Organisationen, sagte Pastor Marc André Naumann im Workshop „Mit Werten führen“.

Resolution für Zukunftskonferenz

„Die Adventgemeinde war und ist eine Adventbewegung“, heißt es in der Einleitung zu einer Resolution der Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Führungskongress, die sie in der Abschlussveranstaltung an die drei Kirchenleitungen der vertretenen deutschsprachigen Länder richteten. Sie fordern darin die drei Kirchenleitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz dazu auf, „im Sinne einer Zukunftskonferenz Raum zu schaffen, um einen gemeinsamen Weg zum Dienst an der Gesellschaft zu finden und unter dem Segen Gottes unserem Auftrag gerecht zu werden.“

Weitere Informationen unter: <http://sta-fuehrungskongress.de>

Freikirchenforschung nicht nur Rückschau

Friedensau bei Magdeburg/APD Eine Bilanz über die Freikirchenforschung in Deutschland zog der Verein für Freikirchenforschung (VFF) während seiner Herbsttagung vom 26. bis 27. September an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg. Anlässlich des 25-jährigen Vereinsbestehens ging es um Rückschau, Gegenwartsbestimmung und Zukunftsperspektiven.

Katholische Kirche und Freikirchen

Der katholische Theologe Hans Gasper (Bonn) beleuchtete die Freikirchen aus römisch-katholischer Sicht. Er erinnerte an das Wort des Kirchenvaters Tertullian (gest. nach 220): „Man wird nicht geboren als Christ, Christ wird man.“ Johann Adam Möhler habe bereits 1832 in seinem Hauptwerk „Symbolik“ Respekt vor Methodisten und Pietisten gezeigt, obwohl er sie der Zeit entsprechend als „protestantische Sekten“ bezeichnete. Er schätzte an ihnen, dass sie auf ein christliches Leben Wert legten, das von

Glaubenserfahrungen geprägt wird. Besonders aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands sei auch innerhalb der hiesigen römisch-katholischen Kirche bewusst geworden, dass in einer pluralistischen Gesellschaft die Menschen nicht mehr automatisch durch Geburt und Kindertaufe Christen würden. Viele Menschen hätten keinen Bezug mehr zum Christentum. Sie müssten eine eigene Entscheidung für den Glauben treffen. Dazu wäre eine bessere Kenntnis der Bibel notwendig, um mehr über den Glauben zu erfahren. Die Katholiken hätten die missionarische Dimension des Glaubens neu entdeckt, nämlich das Evangelium unter die Leute zu bringen. Hierin stimmten sie mit den Freikirchen überein. Papst Franziskus habe keine Berührungspunkte gegenüber Evangelikalen, wie sein Besuch im Juli 2014 in der Pfingstgemeinde von Pastor Giovanni Traettino in Caserta/Italien zeige. Freikirchen würden aus katholischer Sicht nicht mehr zu den „Sekten“ gezählt.

Mut zur eigenen Geschichte

Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau) sprach über „Adventistische Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdwahrnehmung“. Für Adventisten hätten Geschichte und Gegenwart immer zusammengehört. Dabei habe die Gefahr bestanden, die Geschichte der eigenen Freikirche zu verklären und sich selektiv mit der Geschichte zu befassen, um die eigene Identität zu bekräftigen. Das adventistische Archiv in Hamburg wurde 1943 durch einen Bombenangriff zerstört. Erst 1980 begann der Aufbau eines neuen „Historischen Archivs der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa“, das heute seinen Sitz an der Theologischen Hochschule Friedensau hat. Dadurch sei ein offener Austausch über die eigene Geschichte ermöglicht worden. Der Mut zur eigenen Geschichte habe dazu geführt, dass die Freikirchenleitungen in Deutschland und Österreich 2005 in einer gemeinsamen Erklärung ein Schuldbekenntnis zur NS-Zeit ablegten. 2014 folgte von der deutschen Freikirchenleitung unter der Überschrift „Schuld und Versagen“ eine Erklärung anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren.

Hunger nach Erfahrung

Der Pfarrer der bayerischen Landeskirche Dr. Moritz Fischer (Neuendettelsau) befasste sich mit der Pfingstkirchenforschung. Dabei gehe es nicht nur um die Pfingstgemeinden in Deutschland, sondern um die Erforschung der weltweiten Pfingstbewegung. Das sei auch wichtig, um die aus Migranten bestehenden Pfingstgemeinden in der Bundesrepublik in den Blick zu bekommen. Trotz Zersplitterung der Pfingstbewegung gebe es auch Gemeinsamkeiten, wie den „Hunger nach Erfahrung“, um den Glauben sichtbar zu machen. Auch die gottesdienstlichen Formen ähnelten sich. Zu beobachten sei zudem ein sozialer und bildungsmäßiger Aufstieg in der Gesellschaft, wenn sich jemand mit einer

Pfingstgemeinde identifiziert.

Neue Freikirchen

Um die Erforschung „neuer“ Freikirchen ging es Dr. Reinhard Hempelmann (Berlin), dem Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen. Diese „neuen“ Freikirchen vom charismatisch-pfingstlichen und evangelikalen Typ grenzten sich von den sogenannten „klassischen“ Freikirchen ab. Da es nicht „die“ Freikirchen gebe, könne man auch nicht von „den“ neuen Freikirchen sprechen. Jede einzelne müsse für sich betrachtet werden.

Mit dem „Beitrag der Freikirchen zur neutestamentlichen Wissenschaft“ befasste sich der Methodist und Theologieprofessor Dr. Hermann Lichtenberger (Tübingen). Seine These: Die Universitäten in Deutschland seien offen bei der Promotion in evangelischer Theologie bei Methodisten, Mennoniten und Baptisten. Auch könnten Angehörige bestimmter Freikirchen sich im Fachbereich Theologie habilitieren. Die Aussprache ergab jedoch, dass es hierzu unterschiedliche Erfahrungen gibt.

Umfangreiche methodistische Geschichtsforschung

Dr. Michael Wetzel (Zwönitz/Erzgebirge) wies darauf hin, dass sich schon John Wesley (1703-1791), einer der Begründer der methodistischen Bewegung, mit der Kirchengeschichte befasst habe. Anfangs hätte die methodistische Geschichtsschreibung mit ihren Bekehrungsgeschichten mehr erbaulichen Charakter gehabt. Inzwischen gebe es eine Fülle wissenschaftlicher Bücher, Monografien und Artikel über die Geschichte der methodistischen Kirche. Das sei auch der „Studiengemeinschaft für Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK)“ zu verdanken. Themen bei denen noch geforscht werden sollte, wären die Geschichte der Methodisten in der NS-Zeit und in der DDR. Wissenslücken gebe es auch in der Zeit nach 1945.

Zum Abschluss stellte Professor Dr. Frank Lüdke (Marburg) Perspektiven aus der Historiographie der Gemeinschaftsbewegung, dem sogenannten „Neupietismus“, vor. Professor Dr. Martin Rothkegel (Elstal bei Berlin), referierte über „Taufertum und Baptismus: Zwei freikirchliche Traditionen und ihre Historiographie“. Rothkegel stellte fest, dass das Taufertum, welches aus der Reformation des 16. Jahrhunderts hervorging, durchaus in Deutschland in die akademische Forschung einfließe, wenn auch nicht mit einem eigenen Lehrstuhl. Das sei jedoch beim Baptismus nicht der Fall, der erst seit 1834 in Deutschland vertreten ist.

Die in Friedensau gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2016 erscheinen soll.

Adventisten veröffentlichen Erklärung zur aktuellen Flüchtlingssituation

Ostfildern (bei Stuttgart)/APD Im Nachgang zu einer eigens dafür einberufenen Konferenz zur Hilfe für Flüchtlinge am 22.09.2015 in Ostfildern hat die Kirchenleitung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland eine Stellungnahme zur aktuellen Flüchtlingssituation herausgegeben. Darin wird betont, dass die Freikirche den Schutz von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen und deren Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen unterstützt. Das Dokument enthält auch Empfehlungen zur Hilfeleistung für die Kirchengemeinden vor Ort.

Die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zur aktuellen Flüchtlingssituation“ stellt die christliche Verantwortung der Adventisten heraus, für alle Menschen da zu sein, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion oder Weltanschauung. Motivation für die Zuwendung von Christen zu jedem Menschen, der Hilfe braucht, sei die im Evangelium ausgedrückte Solidarität Gottes. Siebenten-Tags-Adventisten sprachen sich ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit aus.

Die Freikirche werde die bestehenden Strukturen des adventistischen Wohlfahrtswerks AWW und der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zugunsten einer nachhaltigen Hilfe für Flüchtlinge nutzen. Zugleich werde sie sich aktiv in die bestehenden Strukturen der Bundesländer und Kommunen einbringen.

Das Dokument macht deutlich, dass die Ortsgemeinden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland im konkreten Hilfshandeln gefragt sind. Die Gemeinden vor Ort seien eingeladen, ohne Berührungsängste auf Menschen in Not zuzugehen, die Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen, Einrichtungen und anderen Kirchen zu suchen und Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements zu erfragen und konkret umzusetzen. Kirchengemeinden könnten Räumlichkeiten für Sprachkurse, Begegnungstreffen oder Programme zur Kinder- und Freizeitgestaltung zur Verfügung stellen und Flüchtlinge, Migranten und Menschen in Not bewusst in die Fürbitte des Gebets einschließen.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von den Pastoren Johannes Naether, Präsident der Adventisten in Norddeutschland und Rainer Wanitschek, Präsident der Adventisten in Süddeutschland. Beide Kirchenleiter sprachen allen, die bereits durch ihr ehrenamtliches

Engagement Hilfe für Flüchtlinge praktizierten, einen herzlichen Dank aus.

Die Erklärung in vollem Wortlaut unter: <http://www.adventisten.de/news/news/datum/2015/09/24/erklarung-der-freikirche-zur-aktuellen-fluechtlingssituation/>

Aktion „1000 Bibeln für Flüchtlinge“

Bibelgesellschaft stellt kostenlos fremdsprachige Bibelausgaben bereit

Stuttgart/APD Die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) hat die Aktion „1000 Bibeln für Flüchtlinge in Sprachen ihrer Herkunftsländer“ gestartet. Christen, die nach Deutschland kommen, soll so der Wunsch nach einer Bibel in der eigenen Sprache erfüllt werden. Bibeln stehen in sechs Sprachen bereit und werden bei Bedarf kostenlos zur Verfügung gestellt, teilte die DBG mit.

„Die Bibel in der Muttersprache ist für viele Menschen ein Stück Heimat in der Fremde“, sagt der DBG-Generalsekretär Dr. Christoph Rösel. „Für einige Flüchtlinge wäre es aber ein großes Risiko gewesen, sie auf der Flucht bei sich zu tragen. Wir freuen uns, wenn wir jetzt mit diesen Bibelausgaben helfen können.“

Für die Aktion wählte die DBG Sprachen aus, die besonders häufig unter den Flüchtlingsgruppen vertreten sind. Es handelt sich um Arabisch, Serbisch, Albanisch, Tigrina, Urdu und Englisch. Die Bibelausgaben bezieht die DBG über die jeweiligen nationalen Bibelgesellschaften.

Einrichtungen, Arbeitsgruppen, Werke oder Kirchengemeinden ermitteln für die Aktion in den Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünften den konkreten Bedarf. Die einzelne Bestellung ist auf 50 Bibeln beschränkt. Die Besteller übergeben die Bibeln dann persönlich. Zunächst stellt die DBG für die kostenlose Verteilung insgesamt 1000 fremdsprachige Bibeln bereit. Weitere Informationen unter: www.dbg.de

Anleitung „Gemeinsam für Flüchtlinge“

Ostfildern bei Stuttgart/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland hat die Anleitung „Gemeinsam für Flüchtlinge“ für ehrenamtliche Projektarbeit mit politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen herausgegeben. „Gemeinsam für Flüchtlinge“ ist eine

Initiative der Freikirche sowie deren Institutionen Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) und adventistische Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg.

In dem 24-seitigen Heft wird eingangs auf die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zur aktuellen Flüchtlingssituation“ vom 22. September 2015 hingewiesen. Sie betont die christliche Verantwortung für alle Menschen da zu sein, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion oder Weltanschauung. Motivation für die Zuwendung von Christen zu jedem Menschen, der Hilfe braucht, sei die im Evangelium ausgedrückte Solidarität Gottes. Adventisten wendeten sich ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit.

Sich an Bedürfnissen orientieren

In der Einführung geht es um die Begriffe „politisch Verfolgte“ und „Kriegsflüchtlinge“ sowie um die Integration der Schutzsuchenden. Außerdem wird erläutert was das Ehrenamt leisten kann und wo professionelle Intervention notwendig ist. Betont wird: „Hilfsbereitschaft sollte sich immer an Bedürfnissen orientieren und darf keinesfalls nur unseren eigenen Überschuss an Vorräten und Ressourcen anbieten.“

Für die Koordination der Flüchtlingshilfe auf Bundesebene habe die Freikirche eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Freikirche, von ADRA, des AWW und der Theologischen Hochschule Friedensau eingerichtet. Auf Bundeländerebene gebe es insgesamt sieben „Beauftragte für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge“ als Koordinatoren und Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Gruppen und Helferkreise. Auf kommunaler Ebene würden adventistische Kirchengemeinden und Helferkreise innerhalb von Städten und Landkreisen in der Regel ehrenamtlich in verschiedenen Initiativen und Projekten für Flüchtlinge mitarbeiten – wo es sinnvoll erscheine, in Kooperation mit anderen Organisationen und Partnern in den Netzwerken der Flüchtlingshilfe. Soweit wie möglich sollten die Kriegsflüchtlinge angeleitet werden, sich selbst zu helfen. Die Versorgungsstruktur dürfe keinesfalls nur „von oben nach unten“ verlaufen.

Möglichkeiten ehrenamtlicher Hilfe

Was das Ehrenamt leisten kann, wird an praktischen Beispielen erläutert. Möglich wären unter anderem Sammlung und Verteilung von Sachspenden, Nachbarschaftshilfe bei Behördengängen, Sprachkurse, Nachhilfeunterricht, interkulturelle Events, sportliche Aktivitäten, Freizeitangebote und freiwillige Mitarbeit der Flüchtlinge in gemeinnützigen und öffentlichen Einrichtungen als sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit

während über den Asylantrag entschieden wird. Die örtlichen Kirchengemeinden könnten Räumlichkeiten für Sprachkurse, Begegnungstreffen oder Kinderkrabbelgruppen zur Verfügung stellen. Wichtig sei zu bedenken: „Hilfe für Flüchtlinge ist nicht zuerst eine Sache der Gefühle, sondern des festen Willens, Menschen zu helfen und sie zu begleiten, damit sie in unserem Land an- und vorankommen.“

„Gemeinsam für Flüchtlinge“ gehe grundsätzlich von einem Engagement in Projekten aus. Ein Projekt orientiere sich immer an den Bedürfnissen – und zwar nicht an den eigenen, sondern an denen der Flüchtlinge. Das bedeute: genau hinschauen, hinhören, sich einfühlen, Informationen einholen und Kontakte mit den bestehenden Netzwerken und Initiativen in der Stadt aufnehmen. Dabei sei es notwendig, die eigenen Möglichkeiten realistisch zu bewerten.

Unterstützung

Die Initiative „Gemeinsam für Flüchtlinge“ könne auch die ehrenamtliche Arbeit von adventistischen Helferkreisen finanziell fördern. Dabei müsse es sich um klar definierte und zeitlich befristete Projekte handeln, die für Flüchtlinge beziehungsweise mit ihnen gemeinsam ins Leben gerufen werden. Ehrenamtliche Gruppen und Helferkreise könnten auf Anfrage bei ihrem Projekt auch inhaltlich unterstützt werden. Die Theologische Hochschule Friedensau biete sowohl Workshops zu speziellen Fragen des Umgangs mit und des Dienstes an politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen als auch eine Beratung für Planung, Management und Finanzierung von Projekten und Programmen an.

Die Anleitung kann auch über das Internet bezogen werden: <http://www.aww-bw.de/projekte/netzwerkpflege/fluechtlinge/40-netzwerk-pflege-gemeinsam-fuer-fluechtlinge.html>

Mitgliederversammlung der ACK beschäftigt sich mit „Mission“

Berlin/APD Auf einem Studientag am 30. September in Berlin setzten sich die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) mit dem Missionsbegriff im Verhältnis zum interreligiösen Dialog auseinander. ACK und Neuapostolische Kirche haben zudem gemeinsam eine Orientierungshilfe veröffentlicht. Ziel sei es, den ACKs auf lokaler und regionaler Ebene Hinweise zu geben, wie gegenseitige Kontakte und Beziehungen vertieft werden können, teilte der Pressesprecher der ACK, Pfarrer Marc Witznbacher, mit.

Dass das Zeugnis für den christlichen Glauben und der interreligiöse Dialog nicht im Widerspruch stehen, darüber waren sich die Delegierten auf einem Studientag zum Thema „Missionsverständnis im Gespräch“ einig, den sie gemeinsam mit den Geschäftsführern der regionalen ACKs und Vertretern der Evangelischen Allianz durchführten. Grundlage war das Papier „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“, das vom Vatikan, dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der weltweiten Evangelischen Allianz verabschiedet worden war.

Einer Mission, bei auf andere Druck ausgeübt werde, erteilte Anja Middelbeck-Varwick, Professorin für katholische Theologie an der Freien Universität Berlin, eine klare Absage. Mission bestünde vielmehr darin, überzeugend seinen Glauben zu leben und auf den universalen Heilswillen Gottes zu vertrauen. Dies habe auch seine Grundlage in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils, in denen ausgedrückt wird, dass in den anderen Religionen auch Wahres von Gott gesagt werde.

Ein authentisches Zeugnis des Glaubens sah Johannes Berthold, Vorsitzender des Sächsischen Gemeinschaftsverbandes und Professor für Religionspädagogik an der Fachhochschule Moritzburg, als die „Muttersprache des Glaubens“ an. „Die eigene Gewissheit des Glaubens kann sich angstfrei auch der Gewissheit des anderen aussetzen“, sagte Berthold. Es gehe nicht um den Besitz, sondern um die Ergriffenheit von der Wahrheit.

Einem solchen Missionsbegriff stimmte auch die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus von der Universität Erlangen zu. Zwar gebe es im Islam keinen eindeutigen Missionsauftrag, aber mit dem Begriff der „Dawa“ bestünde ein ähnliches Konzept. Es gehe darum, den eigenen Glauben vorzuleben und dadurch überzeugend zu erscheinen. Der Dialog mit anderen Religionen könne so nicht nur das Verständnis für den anderen wecken, sondern auch das eigene Bewusstsein für den Glauben stärken.

Der Studientag mit dem Blickpunkt auf den muslimisch-christlichen Dialog war ein weiterer Baustein im Prozess „MissionRespekt“, der aufgrund des Papiers „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ angestoßen wurde. Im vergangenen Jahr wurde dazu ein großer Kongress in Berlin veranstaltet, bei dem das Papier diskutiert wurde. Die ACK will den Prozess weiter verfolgen.

Im Herbst 2013 hatte die Bundes-ACK beschlossen, eine Phase der Kommunikation und Reflexion mit der Neuapostolischen Kirche (NAK) zu gestalten. Dazu gehört die Orientierungshilfe, die 2008 von der ACK

Baden-Württemberg erstmals veröffentlicht wurde und nun auf Bundesebene weiter entwickelt und dem gegenwärtigen Gesprächsstand angepasst wurde. Nach der endgültigen Abstimmung mit der Kirchenleitung der NAK ist der Text nun zur Herbst-Mitgliederversammlung der ACK, die vom 30. September bis 1. Oktober in Berlin stattfand, veröffentlicht worden.

In der Orientierungshilfe werden Möglichkeiten ökumenischer Begegnungen und Zusammenarbeit aufgezeigt, wie beispielsweise das gegenseitige Überlassen von Räumlichkeiten in besonderen Fällen wie Trauungen oder Bestattungsfeiern, sowie die Beteiligung von Chören und Orchestern der NAK bei Gottesdiensten der ACK-Mitgliedskirchen. In den vergangenen Jahren habe sich in der NAK ein bemerkenswerter Wandlungs- und Öffnungsprozess vollzogen, heißt es in dem Text. Grundlage sei der im Jahr 2012 veröffentlichte Katechismus der Neuapostolischen Kirche. Er stelle erstmals systematisch und umfassend den neuapostolischen Glauben verbindlich dar und zeige eine ökumenische Öffnung.

Auch wenn aus ökumenischer Sicht noch Anfragen und Unterschiede deutlich würden, stellten diese kein Hindernis für ökumenische Kontakte dar, heißt es in der Orientierungshilfe. Seither gibt es auf lokaler Ebene zunehmend Berührungen unterschiedlicher Art zwischen neuapostolischen Gemeinden und Gemeinden der ACK-Mitgliedskirchen. In rund 20 Orten führte dies inzwischen zu Gastmitgliedschaften von NAK-Gemeinden in lokalen ACKs, in Hannover ist die NAK Mitglied der lokalen ACK. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Neuapostolische Kirche vor kurzem den Gaststatus auf regionaler Ebene beantragt.

Die Orientierungshilfe ist im Internet verfügbar unter: http://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Material_Aktuelle_Meldungen/ACK-NAK_Orientierungshilfe_2015.pdf

„Für ein Miteinander in Vielfalt“

ACK veröffentlicht Stellungnahme zur Flüchtlingsituation

Berlin/APD Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) hat in ihrer Sitzung am 01. Oktober in Berlin eine Erklärung zur Flüchtlingsituation verabschiedet. Darin werden die Mitgliedskirchen der ACK gebeten, sich weiter für Flüchtlinge einzusetzen.

„Fremdenfeindlichkeit, Hass oder Rassismus sind mit

dem christlichen Glauben nicht vereinbar“, heißt es in der Erklärung „Für ein Miteinander in Vielfalt“. Sie steht unter dem Bibelwort „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst“ (Levitikus 19,34).

Vier Thesen bestimmen den Inhalt der Stellungnahme, die jeweils in Bitten für die Mitgliedskirchen münden. Erstens: „Flüchtlinge brauchen unsere Hilfe.“ Daher werden die Mitgliedskirchen gebeten, neben Unterstützung im Alltag nach Möglichkeit auch Räume für die Feier von Gottesdiensten zur Verfügung zu stellen.

Zweitens: „Flüchtlinge bereichern unser Land.“ Darin läge eine große Chance. Allerdings stellten die große Zahl und die Aufgabe ihrer Integration vor Herausforderungen, die entschlossen angegangen werden müssten.

Drittens: „Flucht und Vertreibung müssen ein Ende haben.“ Daher begrüßt die ACK alle Aktivitäten, die zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern beitragen. Sie mahnt auch: „Wo wir selbst in die Ursachen von Flucht und Vertreibung verstrickt sind, mahnen wir zur Buße und Umkehr.“

Viertens: „Aus Erfahrung setzen wir uns für ein Miteinander in Vielfalt ein.“ Die ACK könne besonders bei der Integration und dem interreligiösen Dialog helfen, da sie bei den Mitgliedern ihrer Gliedkirchen auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen könne. Gleichzeitig bittet sie alle, die nach Deutschland kommen, „die gewachsene Vielfalt zu respektieren und ihren Beitrag zu leisten, unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit mit zu gestalten“.

Die Erklärung kann im Internet abgerufen werden unter: http://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Material_Aktuelle_Meldungen/Erklaerung_ACK_zur_Fluechtlingssituation.pdf

EAK-Studientag befasst sich mit Rüstungspolitik und Konversion

Kassel/APD Mit dem Thema „Rüstungspolitik: Vernichtung von Arbeitsplätzen – Vernichtung von Menschenleben“ befasste sich am 23. September die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) bei ihrem Studientag in Kassel. Bei der Tagung ging es neben den Rüstungsexporten auch um die Rüstungskonversion, gemeint ist die Umstellung industrieller Betriebe oder ganzer Industriezweige der Rüstungsproduktion auf

zivile Fertigung. Dieses Vorhaben möchte die EAK wieder stärker im Blick behalten.

„Es hat sich beim Studientag gezeigt, wie unterschiedlich die Sichtweisen bei diesem Thema sind“, bekannte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Darum sei es wichtig, dass die in Kassel geführte Diskussion fortgesetzt werde. „Und dies ohne Denkverbote, ohne Scheuklappen und mit klaren Standpunkten“, forderte er.

Kassel bedeutender Standort der Rüstungsindustrie

Nicht ohne Grund sei Kassel als Ort des Studientages gewählt worden. In der hessischen Stadt sind mehrere Rüstungsunternehmen angesiedelt. Dafür stehen die Namen Henschel und Wegmann. Die Henschel-Werke, 1810 gegründet, produzierten schon früh Rüstungsgüter und sind heute Teil des Rheinmetall-Konzerns. Und Wegmann, 1882 gegründet, spezialisierte sich ebenfalls früh auf militärische Fahrzeuge. Das Unternehmen schloss sich mit Krauss-Maffei 1999 zu Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zusammen. „Unsere Stadt ist ein bedeutender Standort der Rüstungsindustrie“, betonte der Kasseler Rechtsanwalt Michael Goldbach, der Mitglied der EAK ist.

Exportdruck für Rüstungsindustrie

Volkswirtschaftlich spiele die Rüstungsindustrie lediglich eine geringe Rolle, verdeutlichte Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS). „Die deutsche Rüstungsindustrie ist zu groß und auch zu klein. Zu groß, um nur den begrenzten Bedarf der Bundeswehr zu decken, aber zu klein, um alles zu liefern was die Bundeswehr benötigt“, so Nassauer. Darum sei dieser Industriezweig stark exportabhängig, was einen Exportdruck erzeuge, denn die Inlandsnachfrage reiche nicht aus. Vor diesem Hintergrund zu einer Konversion zu kommen, sei schwerer als man denke. Denn bevor die Rüstungsindustrie ihre Produktion verringere, versuche sie mehr zu exportieren.

Ernüchterung beim Thema Rüstungskonversion

Es gebe einige Beispiele für Rüstungskonversion. In Bremen wurde der Versuch unternommen, bei den Vereinten Flugbetriebe Werken (VFW), später MBB, nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion und den schleppenden Verkäufen beim Airbus eine Konversion zu erreichen. Gewerkschafter, Parteien, Kirchen, Arbeitgeber, zivilgesellschaftliche Gruppen und Wissenschaft erarbeiteten gemeinsam Überlegungen für Alternativen, sodass ein Konversionsprogramm entstand. Aber nach 25 Jahren kam es zur Ernüchterung: Die Liegenschaftskonversion, gemeint ist die Nutzung früherer Kasernen für zivile Zwecke, habe zum Erfolg geführt, „doch in der Rüstungsindustrie selbst hat es

keine nachhaltige Konversion gegeben“, so Manfred Nieft von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion.

Auch in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg werde über Rüstungskonversion nachgedacht. Hier gebe es seit drei Jahren einen Prozess, bei dem Gespräche zwischen Rüstungsunternehmen, Beschäftigten, Politik und Gesellschaft geführt würden. Nächstes Jahr soll es zu ersten Vorlagen kommen. Ein Problem, dass sich auch hier zeige, sei die Zurückhaltung gerade aus den Gewerkschaften aus Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. „Für viele Gewerkschafter ist daher Konversion kein Thema“, betonte Otfried Nassauer.

Schließung von Rüstungsbetrieben keine Katastrophe

„Wenn beide Rüstungsbetriebe in Kassel schließen müssten, wäre das keine Katastrophe, die regionale Wirtschaft würde das verkraften“, meinte José Pinto von der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeine“. Aber er gab auch zu bedenken: „Warum sollte man ein erfolgreiches Unternehmensmodell aufgeben?“ Rüstung sei eine politische Frage, Konversion wäre derzeit kein Thema. Wenn die Politik entscheiden würde, dass die Rüstungsproduktion eingestellt werden sollte, erst dann würde Konversion in den Blick treten, betonte er.

„Rüstungskonversion ist kein totes Thema, sondern muss neu betrachtet werden“, entgegnete Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Allerdings könne das nicht losgelöst von den Exporten angesehen werden. „Rüstung ist kein Wirtschaftsgut, sondern Thema der Außenpolitik“, forderte er. Und Frank Skischuss vom Kasseler Friedensforum war der Überzeugung, dass es gerade auch Aufgabe der Friedensbewegung sei, hier Druck zu machen und Staat wie Wirtschaft dazu zu bringen, die Rüstung aufzugeben.

In Frieden leben dank Rüstung

„Wir brauchen die Rüstung. Dass wir hier 70 Jahre in Frieden leben, haben wir auch der Rüstung zu verdanken“, machte dagegen der Kasseler Diplom-Physiker Martin Bräutigam deutlich. Durch die Waffen würden auch Freiheit und Demokratie in Deutschland gesichert. Verständnis habe er dagegen für die Kritik an den Rüstungsexporten.

„Es ist ein kontroverses Thema, das hat dieser Studientag deutlich gemacht“, meinte Dr. Christoph Münchow. Darum sei es wichtig, an dieser Frage dranzubleiben, auch als Kirche. „Denn dann kann das Bibelwort von den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, auch Wirklichkeit werden.“

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der

„Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für jene, die in evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind. Die EAK beschäftigt sich mit Fragen der Friedenstheologie, Friedensethik, Friedens- und Gewissensbildung sowie Friedenspolitik.

Christoph Münchow bleibt EAK-Bundvorsitzender

Kassel/APD Dr. Christoph Münchow aus Radebeul bleibt Bundvorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK). Während einer Mitgliederversammlung in Kassel wurde der frühere Oberlandeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in seinem Amt bestätigt. Münchow ist seit 2012 Bundvorsitzender der EAK.

Ebenso wiedergewählt wurden in Kassel die beiden Stellvertreter des Bundvorsitzenden, Elisabeth Peterhoff von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Stefan Maaß von der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Als Beisitzerinnen und Beisitzer ergänzen Lutz Krügener (Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers), Wilfried Ullrich (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck), Julika Koch (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) und Wolfgang Buff (Evangelische Kirche in Hessen-Nassau und Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck) den neuen EAK-Bundvorstand in den kommenden drei Jahren. Julika Koch, Wolfgang Buff und Lutz Krügener sind neu im Vorstand. Auch Holger Teubert wurde als freikirchlicher Beisitzer bestätigt. Er ist für die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) im EAK-Vorstand und leitet das Referat Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Ausgeschieden als Beisitzer ist in Kassel Thomas Franke von der Evangelischen Kirche im Rheinland. Qua Amt sind zudem Dr. Roger Mielke vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie Rainer Hub für die Diakonie Mitglieder des EAK-Bundvorstandes.

Die Beratung von Kriegsdienstverweigerern gewinne laut EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf zunehmend an Bedeutung in der Arbeit der EAK. Die Geschäftsstelle in Bonn verzeichne eine zunehmende Anzahl von Beratungsanfragen von Soldatinnen und Soldaten, die

verweigern wollen. Zwischen 2013 und 2014 habe es dabei einen Anstieg von rund 20 Prozent gegeben, in diesem Jahr gehe die EAK von einer Verdoppelung der Beratungen aus.

Die 1956 gegründete EAK kann im nächsten Jahr auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum will die Arbeitsgemeinschaft 2016 im Juni in Bonn feiern, beschloss die Mitgliederversammlung in Kassel.

Einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt es nicht

Bundestag der Freien evangelischen Gemeinden in Dortmund

Dortmund/APD Einfache „Schwarz-Weiß-Antworten“ werden komplexen Fragestellungen in Gesellschaft und Kirchengemeinde nicht gerecht. Diese Ansicht vertrat der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Ansgar Hörsting, vor den 284 Delegierten des neu formierten FeG-Bundestages, der am 19. September in Dortmund stattfand.

Wer ohne Lebenshoffnung ist, sollte nicht kriminalisiert werden

Mit Blick auf die anstehende parlamentarische Gesetzgebung zur Suizidbeihilfe sei Hörsting einerseits für das Verbot der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung, gleichzeitig aber gegen eine Bestrafung von Privatpersonen: „Wo jemand keine Lebenshoffnung mehr hat, hilft keine Kriminalisierung.“ Weit verbreitet wäre heute die Ansicht: „Ich lebe selbstbestimmt, ich sterbe auch selbstbestimmt.“ Für Christen gelte jedoch: „Wir gehören nicht uns selbst, sondern sind von Gott geschaffen. Aus dieser Perspektive schließt sich auch jede Hilfe zur Selbsttötung aus!“ Wichtig sei, das Leben zu schützen. Dazu gehörten auch schmerzlindernde Therapien, die ein würdiges Sterben ermöglichen.

„Marsch für das Leben“

Beim „Marsch für das Leben“, der zeitgleich in Berlin stattfand, gehe es ebenfalls um Tötung, erklärte der Präses. Er stehe vollständig hinter dem Anliegen, das ungeborene Leben zu schützen. Er warnte davor, dass sich eine Gesellschaft an die Praxis der Tötung von ungeborenen Kindern gewöhne. Für aggressive Gegendemonstrationen mit plakativen Aussagen wie: „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“, habe er kein Verständnis. Gleichzeitig kritisierte er Christen, die alle Frauen, die abgetrieben haben, als Mörderinnen bezeichneten.

Flüchtlinge keine Missionsobjekte

Die Menschen, die nach Deutschland als Flüchtlinge kommen, sieht Hörsting „als Chance Gottes“, ihnen seine Liebe weiterzugeben. Auf der anderen Seite bleibe die Unsicherheit, welche Folgen die Zuwanderung für die Gesellschaft in Deutschland habe. Er warnte davor, nur Flüchtlingen mit christlichem Hintergrund zu helfen. Gottes Liebe gelte ebenso Menschen mit einer anderen religiösen Herkunft. Es dürfe allerdings nicht der Eindruck entstehen, Christen nutzten die Notlage der Flüchtlinge aus, um sie zu missionieren. Zugleich gehöre es aber dazu, den Glauben zu bezeugen und über Gott ins Gespräch zu kommen. Besonders für Muslime sei das selbstverständlich.

Während des Bundestages informierte die Freikirche, wie sie Flüchtlingen helfe wolle. Mit Spenden sollen Projekte örtlicher Kirchengemeinden finanziert werden. Drei Freie evangelische Gemeinden berichteten über ihre laufenden Hilfsprojekte. Seit mehreren Jahren hätten verschiedene Gemeinden des Bundes mit Deutschkursen, materiellen Hilfen und internationalen Café-Projekten Erfahrungen gesammelt. Davon könne man in der jetzigen Herausforderung profitieren. Seit Anfang des Jahres sei die Facebook-Seite „FeG-Netzwerk Flüchtlinge“ als Austausch-Plattform online, die von Pastor Immo Czerlinski (FeG Saarlouis) initiiert wurde.

Freiheitsimpulse der Reformation durch freikirchliche Minderheiten umgesetzt

Symposium zum Erbe des Nonkonformismus

Oldenburg/APD „Das Erbe des Nonkonformismus – Von der Reformation zur Moderne“ stand im Mittelpunkt des Symposiums der Gesellschaft für freikirchliche Theologie und Publizistik (GfTP) vom 9. bis 11. Oktober 2015 an der Universität Oldenburg. Referenten aus mehreren Ländern lieferten einen Beitrag aus „nonkonformistischer“ Perspektive zum anstehenden Reformationsjubiläum 2017: Die in der Theologie Luthers und anderer Reformatoren angelegten Freiheitsimpulse seien nicht im staatskirchlichen Protestantismus, sondern erst in den nonkonformistischen (freikirchlichen) evangelischen Minderheiten, vor allem in England und Nordamerika, in freiheitliches und demokratisches Denken und Handeln umgesetzt worden.

Mit dieser These bezog sich die vom Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden mitveranstaltete Tagung auf

die Jubiläumsaktivitäten im Vorfeld von 2017, deren Leitmotiv der Zusammenhang von Reformation, Freiheit und Demokratie ist.

Religiöse Abweichler waren auch politische Oppositionelle

Der Begriff „Nonkonformismus“ hat seinen Ursprung im England des 16. und 17. Jahrhunderts, als von allen Untertanen „Konformität“ mit der Staatskirche gefordert wurde. Religiöse Abweichler waren daher automatisch immer auch politische Oppositionelle. Der religiöse Nonkonformismus sei der „Subtext sozialer Reformbewegungen“, hieß es auf der Tagung. Die Kirchengeschichtspräsidentin Andrea Strübind (Universität Oldenburg) eröffnete das Symposium mit einem Vortrag über die maßgebliche Rolle, die Max Weber und Ernst Troeltsch, die Pioniere der deutschen Soziologie um 1900, den englischen und amerikanischen Nonkonformisten (Baptisten, Quäkern und Methodisten) an der Entstehung der modernen freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zuschrieben. David Bebbington, Professor für Geschichte an der Universität Stirling (Schottland), zeigte auf, dass die Nonkonformisten oder „Dissenter“ im 17. und 19. Jahrhundert treibende Kraft der Liberalisierung und Demokratisierung der englischen Gesellschaft gewesen seien.

Zivilgesellschaftliches Engagement der Freikirchen

Professor Martin Rothkegel (Theologische Hochschule Elstal bei Berlin) erinnerte daran, dass Luther die Ableitung politischer Freiheitsforderungen aus der „Freiheit des Christenmenschen“ ausdrücklich abgelehnt habe. Dagegen fände sich die politische Forderung nach uneingeschränkter Religionsfreiheit bereits bei den Täufern des 16. Jahrhunderts. Der erste moderne demokratische Staat sei 1636 durch den (zeitweiligen) Baptisten Roger Williams im nordamerikanischen Rhode Island gegründet worden.

Der Theologe und Historiker William Brackney (Acadia University, Kanada) machte auf den maßgeblichen Anteil von Quäkerinnen, Methodistinnen und Unitarierinnen an den Anfängen der Frauenemanzipation aufmerksam. Erich Geldbach (Marburg), Massimo Rubboli (Genua), Karl Heinz Voigt (Bremen) und weitere Referenten referierten über Religionsfreiheit, Abschaffung der Sklaverei, Pazifismus, Bildungs- und Lebensreform als Schwerpunkte des zivilgesellschaftlichen Engagements englischer und amerikanischer Freikirchen vor allem im 19. Jahrhundert. Die Verwurzelung des amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King Jr. in den Traditionen des nonkonformistischen Protestantismus beleuchtete abschließend der Leiter der Evangelischen Akademie Neudietendorf, Michael Haspel.

INTERNATIONAL

Rekordergebnis für die Bibelverbreitung

Bibelgesellschaften veröffentlichen „Scripture Distribution Report“ für 2014

Stuttgart/APD Die Bibelgesellschaften haben 2014 weltweit mehr gedruckte Bibeln verbreitet als jemals zuvor. Insgesamt wurden 428,2 Millionen biblische Schriften, einschließlich Bibeln, Neue Testamente, Evangelien und ausgewählte Bibeltexte, verbreitet. Nach einer Meldung der Deutschen Bibelgesellschaft teilte dies der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies, UBS) im jährlichen „Scripture Distribution Report“ mit.

Gegenüber 2013 stieg die Zahl der verbreiteten Bibeln um sechs Prozent. Die Verbreitungszahl für biblische Schriften insgesamt um sieben Prozent. Zusätzlich zu den gedruckten Bibeln verbreiteten die Bibelgesellschaften zwei Millionen Bibelausgaben als Hörbibeln und als Text-Download digital im Internet.

Brasilien bleibt das Land mit der höchsten Verbreitungszahl, im Jahr 2014 auch befördert durch Aktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft. „Brasilianer sind fußballverrückt“, sagt der Direktor der Brasilianischen Bibelgesellschaft, Rudi Zimmer, „und die Weltmeisterschaft war eine wunderbare Gelegenheit während des Turniers das Wort Gottes mit den feiernden Fans zu teilen“.

Nigeria und Südafrika bleiben auf dem afrikanischen Kontinent die Länder mit den höchsten Bibelverbreitungszahlen. Laut UBS gab es aber auch Zuwächse in kleineren Ländern Afrikas. In der UBS-Region Europa und Naher Osten erhöhte sich vor allem die Zahl der verbreiteten Neue Testamente. „Der Anstieg vollzog sich an einigen überraschenden Orten“, erläutern die Bibelgesellschaften und nennen als Beispiele Syrien und die Ukraine. Die Verbreitungszahlen in Asien wuchsen um durchschnittlich sechs Prozent. Länder mit den höchsten Zahlen sind Indien, China und die christlich geprägten Philippinen.

Zahlen von Verlagen und Organisationen, die nicht dem Weltverband angehören, blieben bei der UBS-Statistik unberücksichtigt. Der Weltverband der Bibelgesellschaften ist der internationale Zusammenschluss von 146 nationalen Bibelgesellschaften, zu denen auch die Deutsche Bibelgesellschaft gehört. Die Bibelgesell-

schaften sind in rund 200 Ländern aktiv.

Christliche Werte können langfristig Frieden bringen

Libanesischer Baptist ermutigt europäische Christen Flüchtlinge willkommen zu heißen

Hamburg/APD Ein Vertreter der libanesischen Baptisten hat die Christen in Europa aufgefordert, Flüchtlingen aus dem Nahen Osten ohne Ansehen der Religion zu helfen. Er verstehe die Ängste der Menschen in Europa. Dennoch gelte es visionär zu denken, sich für das, was Christus gelehrt habe, einzusetzen und seine Liebe allen zu zeigen, die sie brauchen.

Nabil Costa, Direktor des Dachverbandes Libanesischer Baptisten (LSESD), verstehe die Bedenken, ob die Europäer den Zustrom von Flüchtlingen bewältigen könnten. In seinem Appell „Von den Kirchen im Libanon an die Kirchen in Europa“, der vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW) verbreitet wird, schreibt er: „In meiner Heimat Libanon wurden wir schon mit all diesen Ängsten konfrontiert und kämpfen immer noch mit diesen Fragen.“ Inzwischen bestehe ein Viertel der Bevölkerung im Libanon aus syrischen Flüchtlingen. Seit Beginn des Krieges in Syrien vor vier Jahren „kämpfen wir mit der Herausforderung, ihnen zu Nahrung, Unterkunft und Schulbildung zu verhelfen“. Costa bekennt, dass die Christen im Libanon anfangs Angst gehabt hätten, den geflohenen Syrern zu beizustehen, denn viele wären Muslime.

„Aber wir erkannten schnell, dass die meisten Flüchtlinge unschuldige Menschen sind, die in Frieden lebten und nichts mit diesem ganzen Krieg zu tun haben“, so Nabil Costa. Als Christen hätten sie nicht wegsehen können, während Unschuldige leiden. „Also überwand wir unsere Ängste und teilten die Liebe Christi durch praktische Maßnahmen wie die Versorgung mit Lebensmitteln, Decken, Öfen und Schulbildung.“ Es sei nicht leicht gewesen, aber mit Hilfe Gottes wären die Barrieren zwischen den Gemeinschaften überwunden und Christen und Muslime ermutigt worden, sich gegenseitig in einem freundlicheren Licht zu betrachten. „Wir haben unseren Glauben nicht verwässert“, betonte der Direktor des baptistischen Dachverbandes. „Im Gegenteil, wir stehen ein für die Werte, die Jesus uns im Gleichnis vom barmherzigen Samariter lehrte.“

Flüchtlinge sollen europäische Werte achten

Es werde auch in Europa Bewusstseinsbildung und Geduld auf allen Seiten erfordern, um Muslime, Christen und Menschen anderen Glaubens oder ohne Glauben zu

befähigen, zusammenzuleben. Mitgefühl zu zeigen bedeute aber nicht, eigene Werte und Traditionen aufzugeben, stellte Costa klar. Die europäischen Christen müssten ihre Werte, Gesetze, Überzeugungen und kulturellen Systeme bewahren. Die eintreffenden Flüchtlinge sollten europäische Werte achten, nicht sie gemäß ihrer Vorstellungen ändern, während sie Hilfe erfahren. Wenn sie ihr neues Zuhause nicht schätzen, seien sie immer noch frei, zu ihrem alten zurückzukehren.

Wenn die Flüchtlinge am Ende in Europa bleiben, so hofft Nabil Costa, könnte innerhalb von zehn oder zwanzig Jahren eine neue Generation auf dem Kontinent entstehen, die sich eine friedliche Kultur zu Eigen mache. „Eine Kultur nicht der Rache und des Hasses, sondern eine, die ihnen ermöglicht, in Frieden mit allen Glaubensrichtungen zu leben.“ Die Art und Weise, wie Europa und die Kirchen auf die Flüchtlingskrise reagierten, werde nicht nur Auswirkungen auf das Heute haben, sondern auch auf die Zukunft der Muslime in Europa und auf diejenigen im Nahen Osten in den kommenden Jahrzehnten.

Bewaffnete töten sieben Adventisten in Kamerun

Silver Spring, Maryland/USA, 22.09.2015/APD Mindestens neun Personen sind am 17. September bei einem nächtlichen Angriff durch schwer bewaffnete Männer im Dorf Aissa Harde, nahe der Stadt More, im Norden Kameruns, getötet worden. Unter den Opfern seien sieben Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, sagte Richard Hendjena, Kirchenleiter der Adventisten in Nordkamerun.

Die nicht identifizierten Angreifer hätten auch Geschäfte in Brand gesteckt, was zu erheblichen materiellen Verlusten geführt habe, sagte Hendjena in einer Stellungnahme am 18. September.

Am Tag nach der Attacke habe Aissa Harde einem Geisterdorf geglichen, da die Bewohner mit ihren wenigen Habseligkeiten in Panik geflohen seien. Dies sei der größte Verlust von Mitgliedern durch gewaltsame Attacken seit vor fünf Jahren die Terrormiliz Boko Haram versucht habe, einen strikt muslimischen Staat in Afrika zu errichten, sagte der Kirchenleiter.

Boko Haram schürt Konflikte in Kamerun, Tschad und Nigeria

Die Terrormiliz Boko Haram, die Konflikte im Grenzgebiet zwischen Kamerun, Tschad und Nigeria schürt, habe die Verantwortung für die Attacken vom 17. September nicht

übernommen. Der Überfall folge aber dem Muster dieser Terrorgruppe. Als Reaktion auf die Entscheidung Kameruns, gemeinsam mit seinen Nachbarländern Widerstand gegen die Terroristen zu leisten, habe Boko Haram auch Angriffe in Kamerun gestartet, heißt es in der amerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review.

Laut Menschenrechtsorganisationen habe Boko Haram allein in Kamerun im letzten Jahr mehr als 400 Personen getötet und weitere Tausende in anderen Ländern. Darunter seien auch sechs Adventisten, die Anfang des Jahres bei einem Angriff in Maiduguri, der Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Borno, getötet worden seien, so der adventistische Kirchenleiter.

Richard Hendjena bat die Adventisten weltweit, in ihren Gebeten an die Geschwister in Aïssa Harde sowie in anderen gefährdeten Gebieten zu denken, „denn es ist nicht leicht in einem solchen Klima, das von Unsicherheit geprägt ist, zu leben“.

Weitgehende Einigung bei Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils 2016

Genf/Schweiz/APD Vom 11. bis 17. Oktober fand in Chambesy bei Genf die 5. Panorthodoxe Konferenz zur Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils, das zu Pfingsten 2016 stattfinden soll, statt. Sie ging mit einer weitgehenden, aber nicht vollständigen Einigung aller orthodoxen Kirchen zu Ende.

In einem vom serbisch-orthodoxen Patriarchat veröffentlichten Abschlussmitteilung heisst es, die Vertreter „aller orthodoxen autokephalen Kirchen“ hätten die endgültige Fassung der bereits 2009 bei der 4. Panorthodoxen Konferenz ausgearbeiteten Vorlage über „Die Autokephalie (Selbständigkeit) von Kirchen und die Art und Weise ihrer Proklamation“ sowie die beiden Vorlagen über das Verhältnis der Orthodoxie zu den anderen christlichen Kirchen und über die Bedeutung des Fastens akzeptiert.

Laut CBS KULTUR INFO sind die beiden letzteren Vorlagen bei der 2. bzw. bei der 3. Panorthodoxen Konferenz (in den Jahren 1982 bzw. 1986) erstmals erstellt und bei den drei Sitzungen des interorthodoxen Ad hoc-Komitees zur Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils in den Jahren 2014/2015 überarbeitet worden.

Moskauer Patriarchat und Kirche von Georgien unterzeichneten dritte Vorlage nicht

Eine dritte Vorlage aus dieser Serie über „Die Mission der orthodoxen Kirche in der Welt von heute“ (ursprünglich

1986 unter dem Titel „Der Beitrag der orthodoxen Kirche zur Förderung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Geschwisterlichkeit und Liebe zwischen den Völkern und zur Überwindung von rassistischer und sonstiger Diskriminierung“ entwickelt) fand keine allgemeine Zustimmung. Die Vertreter des Moskauer Patriarchats und der Kirche von Georgien hätten „nicht unterzeichnet“, so die Abschlussmitteilung. Das Spitzengremium (Heilige Synod) des Moskauer Patriarchats hatte bereits bei seiner Tagung im Juli festgestellt, dass das Dokument in der vorliegenden Form nicht akzeptabel sei. Die von Metropolit Hilarion (Alfejew) geleitete russisch-orthodoxe Delegation wurde beauftragt, bei der 5. Panorthodoxen Konferenz „prinzipielle Änderungsvorschläge“ einzubringen. Derzeit ist unklar, wie es mit dieser Vorlage für das Konzil weitergehen soll, dessen Eröffnung zu Pfingsten nächsten Jahres, am 19. Juni 2016, vorgesehen ist. Bei der Versammlung der Oberhäupter der orthodoxen Kirchen (Synaxis) im März 2014 in Konstantinopel war ausdrücklich vereinbart worden, dass sowohl in der Vorbereitungsphase als auch bei der Durchführung des Panorthodoxen Konzils das Konsens-Prinzip zu gelten hat.

5. Panorthodoxe Konferenz mit vielsprachigem Gottesdienst eröffnet

Die 5. Panorthodoxe Konferenz wurde zunächst vom emeritierten Metropoliten von Pergamon (Bergama), Ioannis (Zizioulas), geleitet; an den beiden letzten Tagen vom Pariser Metropoliten Emmanuel (Adamakis). Hauptzelebriant der Liturgie zum Konferenzauftakt war der zum Ökumenischen Patriarchat gehörende orthodoxe Metropolit für die Schweiz, Jeremias (Kaligiorgis), der auch Sekretär für die Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils ist. Der vielsprachige Gottesdienst in griechischer, kirchenslawischer, arabischer, serbischer, tschechischer, albanischer, französischer und englischer Sprache brachte die übernationale Dimension der Orthodoxie zum Ausdruck.

Auseinandersetzungen um Katar und Ukraine überschatteten Vorbereitungen

Überschattet waren die Arbeiten der 5. Panorthodoxen Konferenz, welche eigentlich schon in der ersten Jahreshälfte 2015 hätte stattfinden sollen, von den Auseinandersetzungen um Katar und um die Ukraine. Das Fürstentum Katar gehört kirchlich zum kanonischen Territorium des Patriarchats von Antiochien. Die Einsetzung eines Metropoliten, der sich der vielen palästinensischen christlichen Immigranten in Katar annimmt, durch den Patriarchen von Jerusalem, hat zu einem heftigen Konflikt zwischen den Patriarchaten von Antiochien und Jerusalem geführt.

Besorgnis des Moskauer Patriarchats über „unkanonische Aktionen“ in der Ukraine

Metropolit Hilarion (Alfejew) übermittelte zunächst besonders herzlich gehaltene Glückwünsche des Moskauer Patriarchen an die 5. Panorthodoxe Konferenz. Kyrill I. erinnerte daran, dass die Arbeit der Konferenz der „Stärkung der kirchlichen Einheit“ dienen solle. Die Diskussion der Entwürfe für das Panorthodoxe Konzil werde die Repräsentanten der orthodoxen Kirchen einander näher bringen, um „im Geist Jesu“ einen Konsens zu erreichen. Zugleich betonte der Leiter des Aussenamts der russisch-orthodoxen Kirche die „tiefe Besorgnis“ des Moskauer Patriarchats über „unkanonische Aktionen“ von Bischöfen aus der ukrainischen Emigration, die dem Ökumenischen Patriarchen unterstehen. Diese Bischöfe reisten in die Ukraine ohne den Primas der (autonomen) ukrainisch-orthodoxen Kirche zu verständigen, sie breiteten den „roten Teppich“ für „exkommunizierte und laisierte Priester“ aus, denen eine „autokephale“ ukrainische Kirche versprochen werde. Er appelliere an den Ökumenischen Patriarchen, diese für die „panorthodoxe Einheit“ zerstörerischen Vorgänge zu beurteilen und den beteiligten Bischöfen weitere Handlungen in dieser Richtung zu untersagen, so Metropolit Hilarion.

Die 1. Panorthodoxe Konferenz hatte bereits 1961 auf Rhodos stattgefunden. Damals hatte man auf Vorarbeiten für ein Panorthodoxes Konzil aufgebaut, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, damals eine der bestorganisierten Ortskirchen Europas, in die Wege geleitet worden waren.

Quelle: Christian B. Schäffler mit News-Input der Stiftung Pro Oriente (poi), Wien

Turbulenzen der Weltwirtschaft können Adventisten Millionen kosten

Silver Spring, Maryland/USA, 16.10.2015/APD
Vom 7. bis 14. Oktober fand in Silver Spring, Maryland/USA, die Jahressitzung des Exekutiv-ausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung statt. Die rund 300 Delegierten, Kirchenleiter sowie Laienmitglieder aus der ganzen Welt, nahmen zuerst an einer zweitägigen LEAD-Konferenz teil, berichtete die nord-amerikanische Kirchenzeitschrift **Adventist Review (AR)**. Dabei wurden die kulturellen Unterschiede in der Weltkirche thematisiert. In der anschließenden viertägigen Geschäftssitzung wählten die Delegierten die Leitungen einiger Abteilungen der Weltkirchenleitung, die anlässlich der Weltsynode im Juli 2015 in San

Antonio, Texas/USA, unbesetzt geblieben waren. Aus den Jahresberichten geht hervor, dass die Kirche Ende Juni knapp 18,8 Millionen Mitglieder zählte und dass für die Weltkirchenleitung bis Ende September 67,5 Millionen US-Dollar eingegangen sind, zwei Millionen Dollar weniger als im Vorjahr.

Mitgliederstatistik: 18,8 Millionen Adventisten

Am 30. Juni seien weltweit knapp 18,8 Millionen Menschen durch die Glaubenstaufe Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten gewesen, führte David Trim aus, der Direktor des Büros für Archive, Statistik und Forschung der Weltkirche. Gegenüber Dezember 2014 sei auch die Zahl adventistischer Gemeinden und Gruppen weltweit von 148,023 auf 149,850 gestiegen.

Hohe Eintritts- und Austrittsrate

Sorgen mache ihm der große Mitgliederverlust. „Die Verluste untergraben die vielen, vielen Kircheneintritte“, so Trim. Von 1965 bis Ende 2014 seien global über 33 Millionen Menschen durch die Taufe adventistische Christen geworden, davon hätten aber 13 Millionen die Kirche wieder verlassen, - das seien 40 Prozent.

In zwei weltweit angelegten Befragungen ehemaliger Adventisten haben diese laut David Trim als Hauptgrund bei anderen Kirchenmitgliedern subjektiv erlebte Heuchelei für das Wegbleiben oder den Kirchenaustritt angegeben. 63 Prozent verließen laut den Studien die Kirche als junge Erwachsene. Weiter Austrittsgründe: Sie hätten sich nach und nach innerlich von der Kirche entfernt; Mangel an Mitgefühl; moralisches Fehlverhalten ihrerseits, sodass sie sich nicht mehr zugehörig fühlten. Viele hätten auch stressige Lebensumstände wie Umzug, Todesfall eines Angehörigen, Heirat oder Scheidung als Gründe angeführt. Vierzig Prozent gaben an, dass sie nach dem Wegbleiben oder Kirchenaustritt von niemandem seitens der Kirche daraufhin angesprochen worden seien.

„Wir müssen es irgendwie gemeinsam schaffen, eine andere Kirche zu werden, die Menschen erreicht und sie spüren lässt, dass sie zu uns gehören“, sagte Pastor Michael Ryan, ehemaliger allgemeiner Vizepräsident der Weltkirchenleitung.

Finanzbericht: Sinkende Einnahmen

Es sei unklar, so Pastor Juan R. Prestol-Puesán, der neugewählte Finanzchef der Weltkirchenleitung, ob 2015 genügend „Zehntengelder“ (zehn Prozent des Einkommens), freiwillige Gaben und andere Einnahmen eingehen werden, um das Budget der Weltkirchenleitung zu erreichen. Bis Ende September seien 67,5 Millionen US-Dollar eingegangen, zwei Millionen Dollar weniger als im Vorjahr.

Prestol-Puesán zeigte den Delegierten in einem Schnellkurs auf, wie die Weltwirtschaft die Finanzen der Weltkirche beeinflusst. Es habe 2015 einen Zeitpunkt gegeben, an dem der Aktienindex in den USA um 12 Prozent, in Europa um 21 Prozent und in Japan um 20 Prozent gefallen sei. Gleichzeitig sei der Wert des US-Dollars gegenüber anderen wichtigen Währungen gestiegen, weil Investoren US-Dollar als sichere Währung gekauft hätten. Für die Finanzabteilung der Weltkirche sei dies eine schwierige Zeit gewesen, da sie zwar in US-Dollar arbeite, aber 53 Prozent der Einnahmen aus anderen Währungen stammten, die zwischenzeitlich weniger wert gewesen seien.

„Das Zusammenspiel von Schwächung der Finanzmärkte, der Stärke des US-Dollars und der wirtschaftlichen Situation in Ländern, die für unsere Einnahmen wichtig sind, deuten auf das Szenario eines aufkommenden Sturms hin“, sagte Prestol-Puesán.

Nach der Abstimmung zur Frauenordination durch die Weltsynode: Aufruf zur Einheit

Anlässlich der adventistischen Weltsynode in San Antonio, Texas/USA, hatten es die mehr als 2.300 Delegierten abgelehnt, den dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, dass diese adventistische Pastorinnen für ihr Kirchengebiet zum Pastorendienst ordinieren dürfen.

Adventistische Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder einer „Union“/eines „Verbandes“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Vor dieser Entscheidung der Weltsynode im Sommer 2015 hatten bereits überregionale Kirchenleitungen (Unionen/Verbände) in den USA sowie in den Niederlanden adventistische Pastorinnen zum Pastorendienst ordinieren lassen.

Nach der Entscheidung der Weltsynode 2015 hat die überregionale Kirchenleitung Norwegens beschlossen, so lange keine Pastoren mehr zu ordinieren, bis die Weltkirche eine nicht-diskriminierende Regelung für Pastorinnen und Pastoren beschließt. Die überregionale

Kirchenleitung in Dänemark hat entschieden die Unterscheidung zwischen „ordinierten“ und „gesegneten“ Pastoren aufzuheben. Die Kirchenleitung in den Niederlanden hat als Reaktion auf den Beschluss der Weltsynode 2015 festgehalten, dass sie weiterhin Pastorinnen ordinieren wird.

Auf diesem Hintergrund haben laut AR die Leiter der Weltkirche (General Conference) sowie die dreizehn teilkontinentalen Kirchenleiter während drei Sitzungen einen Aufruf an alle kirchlichen Funktionsebenen zur Respektierung der Ordinationsentscheidung der Weltsynode 2015 erarbeitet und einstimmig verabschiedet. „Wir appellieren an alle kirchlichen Gremien, die Entscheidung der Weltsynode zu respektieren. Jedes einseitige und eigenmächtige Handeln, das im Widerspruch zum verabschiedeten Vorgehen steht, ebnet den Weg für Risse und Zersplitterung“, heißt es im Dokument. Auf dem Glaubensweg könne es vorkommen, dass Christen unterschiedliche Auffassungen hätten. Es sei dann „gegenseitiger Respekt, aufmerksames Zuhören, Bereitschaft zum Verstehen und Unterordnung unter die Leitung des Heiligen Geistes auf dem Weg zur Einheit angezeigt.“

Nach der Verlesung des Aufrufs durch Pastor G. T. Ng sagte der adventistische Weltkirchenleiter, Pastor Ted Wilson: „Wir mögen Differenzen haben, aber wir sind eine Kirche mit einem Auftrag.“

Wahlen

Einige der an der Weltsynode im Sommer 2015 nicht besetzten Abteilungsleitungen der Weltkirche, wurden laut AR einstimmig folgendermaßen besetzt:

Sam Neves und Tanya Holland wurden zu stellvertretenden Direktoren der Kommunikationsabteilung der Weltkirchenleitung gewählt.

Pastor Elias Brasil de Souza wurde zum Direktor des Biblischen Forschungsinstituts (Biblical Research Institute BRI) ernannt.

Neben den drei wiedergewählten stellvertretenden Direktoren des Biblischen Forschungsinstituts BRI, Kwabena Donkor, Ekkehardt Müller und Clinton Wahlen wurde auch Frank M. Hasel neu in diese Position gewählt. Hasel ist Dekan des Theologischen Seminars am adventistischen „Seminar Schloss Bogenhofen“ in Österreich.

LEAD-Konferenz: Kulturelle Unterschiede im weltweiten Adventismus

In der zweitägigen LEAD-Konferenz „Gottes Mosaik der Kulturen“, die vom adventistischen Institut für Weltmission organisiert worden war und vor der Geschäftssitzung stattfand, wurden die Kirchenleiter für die unterschiedlichen Kulturen innerhalb der adventistischen Weltkirche sensibilisiert. Es gebe nicht

nur zwischen Ländern unterschiedliche Kulturen, sondern auch zwischen den Generationen und den Adventisten verschiedener Länder. Es brauche in einer Weltkirche kulturelle Intelligenz, die durch die bewusste Begegnung mit Menschen anderer Kulturen gefördert werden könne, sagte Pastor Cheryl Doss, Leiter der LEAD-Konferenz.

Frauen mit Händedruck begrüßen?

Als Russe habe er in den USA, wie er dies gewohnt war, bei einer Gruppe Menschen zuerst die Männer per Händedruck begrüßt und bei den Frauen auf ein „Signal“ gewartet, um sie auch per Handschlag zu begrüßen, erläuterte Pastor Artur Stele, einer der sechs allgemeinen Vize-Präsidenten der Weltkirchenleitung. Amerikanische Frauen hätten ihm kaum angezeigt, per Händedruck begrüßt werden zu wollen, weshalb er ihnen in der ersten Zeit in den USA auch nicht die Hand gegeben habe. Dies habe aber einige von ihnen verletzt.

Kultur und Theologie

Kultur betreffe aber auch die adventistische Theologie, wo es ebenso unterschiedliche Kulturen gebe, so Artur Stele. In gewissen Weltregionen machten Adventisten am Sabbat (Samstag), dem biblischen Ruhetag, zwar einen Sabbatspaziergang am Ufer eines Sees oder Meeres entlang, vermieden dabei aber jede Berührung mit dem Wasser. In anderen Ländern spazierte man am Sabbat auch im Uferwasser, bade aber niemals und noch andere Adventisten hätten kein Problem damit, am Sabbat zu baden.

Gebetshaltung: Knien, stehen, sitzen?

Es gebe auch kulturelle Unterschiede in der Gebetshaltung unter Adventisten. Er habe es erlebt, so Stele, dass ein ausländischer Pastor beim Gebet zu Beginn des Gottesdienstes in einem anderen Land seine Hände in den Hosentaschen gehalten habe, mit dem Resultat, dass ihm niemand bei der Predigt zugehört habe. In den USA sei es bei den Adventisten üblich, so Stele, beim Beten im Gottesdienst zu knien, in Russland stehe man. Auch gebe es Kulturen, in denen man nur schon beim Gedanken, beim Beten sitzen zu bleiben, die Stirn runzle.

„Kulturbedingtes Verhalten ist etwas vollständig Erlerntes“, sagte der Exekutivsekretär der Weltkirchenleitung Pastor G. T. Ng bei der Quiz-Auswertung des Lernerfolgs der LEAD-Konferenz.

Gottfried Locher zum Präsidenten von Europas Protestanten gewählt

Bern/Schweiz/APD Pfarrer Gottfried Locher, Präsident des Schweizerischen evangelischen

Kirchenbunds (SEK) wurde zum geschäftsführenden Präsidenten der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) gewählt. Der in Brüssel tagende Rat des europaweiten Verbundes der Protestanten wählte Locher in dieser Funktion zum Nachfolger von Friedrich Weber, dem im Januar verstorbenen Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig. Der deutsche Theologe Michael Weinreich wurde ins GEKE-Präsidium gewählt und übernimmt den Sitz von Friedrich Weber.

Laut der SEK-Medienmitteilung vertritt die GEKE rund 50 Millionen Protestantinnen und Protestanten von 107 reformierten, unierten, lutherischen, methodistischen und vorreformatorischen Kirchen aus mehr als 30 Ländern Europas und Südamerikas. Das dreiköpfige GEKE-Präsidium wird ergänzt durch Klára Tarr Cselovszky, Außenamtsleiterin der Lutherischen Kirche in Ungarn und Michael Weinrich, Professor für systematische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum.

„Wieder steht Europa vor großen Herausforderungen“, so Gottfried Locher mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingskrise. „Wieder ist die geeinte Stimme des Protestantismus unerlässlich. Bezeugen wir das Evangelium in den sozialen, politischen und ethischen Zusammenhängen.“

Locher war bereits 2012 in das dreiköpfige Präsidium gewählt worden. Er führt die Geschäfte der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa bis zur kommenden Vollversammlung im September 2018, die auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt in Basel stattfindet. Bereits ein Jahr zuvor ist der Kirchenbund im März 2017 gemeinsam mit den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn Gastgeber des zweiten gesamteuropäischen Treffens der Synodalen in Bern.

Gedenken an Adventisten als Opfer des armenischen Völkermords vor hundert Jahren

Lüneburg/APD Vor einhundert Jahren begann das jungtürkische Regime die armenische Bevölkerung im Osmanischen Reich systematisch zu vernichten – eine Tat von ungeheuerlicher Dimension, dem nicht nur Armenier, sondern auch Christen aramäischer, chaldäischer, assyrischer und griechischer Herkunft, dazu Katholiken und Protestanten, zum Opfer fielen. Das Ziel war die

Schaffung eines neuen türkisch-islamischen Nationalstaates. Die unter dem osmanischen Sultan Abdul Hamid II. seit 1894 zunehmenden Massaker an Armeniern und anderen Christen im Osmanischen Reich erreichten während des Ersten Weltkriegs mit der Deportation in die syrische Wüste ihren Höhepunkt.

Auf Anordnung der jungtürkischen Regierung wurden am 24. April 1915 die in der damaligen osmanischen Hauptstadt Istanbul/Konstantinopel lebenden armenischen Intellektuellen festgenommen und im Landesinneren ermordet. Schätzungen zufolge verloren mehr als 1,5 Millionen Christen zwischen 1895 und 1922 in Kleinasien ihr Leben. Gut ein Viertel der Bevölkerung des Osmanischen Reiches bekannte sich bis 1914 zum Christentum, heute sind es nur noch wenige zehntausend.

Todesstoß auch für adventistische Gemeinden

Dr. Daniel Heinz, Leiter des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa mit Sitz an der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, erinnert in seinem Artikel „Im Tal des Todesschatten“ in der Oktober-Ausgabe 2015 der Zeitschrift „Adventisten heute“ an das Schicksal der Adventisten während des Genozids im Osmanischen Reich. Seit 1889 habe die Freikirche in dem Land missioniert. Doch das Vorgehen der jungtürkischen Bewegung hätte auch ihren Gemeinden den Todesstoß versetzt. Nahezu 250 der knapp 450 Adventisten, die meisten armenischer Abstammung, wären laut Heinz auf grausame Weise umgekommen. Einige hätten nach Syrien, in den Libanon, nach Ägypten, in die Sowjetunion oder nach Griechenland fliehen können. Nur wenigen sei es gelungen, in die USA oder nach Frankreich zu emigrieren. Nach dem Genozid habe es nur noch etwa 100 Adventisten in der Türkei gegeben, zumeist in und um Istanbul lebend, von denen jedoch die meisten in den darauffolgenden Jahrzehnten ausgewanderten.

Verfolgung und Unterdrückung auf der Tagesordnung

Dass diese 250 Adventisten mit ihren Kindern und Jugendlichen als Märtyrer starben, weil sie ihrem christlichen Glauben in einer ihnen feindlich gesonnenen islamischen Welt die Treue hielten, scheinete auch bis heute kaum im Bewusstsein der adventistischen Weltkirche verankert zu sein, beklagt Daniel Heinz. Von Anfang an sei die adventistische Mission im Osmanischen Reich verboten gewesen, so der Archivleiter. Verfolgung und Unterdrückung von Adventisten, deren einheimischen Buchevangelisten und Pastoren hätten auf der Tagesordnung gestanden.

Dzadur G. Baharian, der Mitbegründer und „Vater“ der adventistischen Mission im Osmanischen Reich, sei im

Laufe seines 23-jährigen Missionsdienstes über dreißigmal inhaftiert worden, bevor er im Juli 1915 den Märtyrertod starb. Er wurde – so der Bericht eines am Mord beteiligten Augenzeugen – in Anatolien bei Sivas von kurdischen Milizionären umgebracht. Er sollte Christus abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als sich der Missionar widersetzte und die Hände zum Gebet faltete, sei er erschossen worden.

Doch bereits 1909 habe die Ermordung von mindestens sieben namentlich bekannten Mitgliedern und einiger Kinder in der Region Adana die armenischen Adventisten erschüttert. Wie viele von ihnen damals ums Leben kamen bleibe ungewiss, so Heinz. Das Massaker im Gebiet von Adana hätte etwa 20.000 armenische Todesopfer gefordert. Dzadur Baharian habe noch Schlimmeres für die Zukunft befürchtet. Um ein Auseinanderbrechen des Osmanischen Reiches zu verhindern, sei schließlich der Islam zur Staatsideologie erhoben worden und die Christen hätten als Feinde des Reiches gegolten.

Gesichter mit Brandmalen verunstaltet

In das Bild eines religiös gefärbten Genozids, an dem ausschließlich Muslime beteiligt gewesen seien, passe die Tatsache, dass besonders viele christliche Geistliche den Tod gefunden hätten, erläuterte Daniel Heinz. Auch adventistische Pastoren wären vor die Wahl gestellt worden, den Islam anzunehmen oder den Todesmarsch anzutreten, der mit dem Hungertod in der syrischen Wüste bei Deir ez-Zor (heute in der Nähe von Raqqa, der Hochburg des „Islamischen Staates“/IS) endete, wenn man nicht schon vorher massakriert wurde oder an körperlicher Erschöpfung starb. „Adventistische Waisenkinder, deren Eltern umgebracht worden waren, fielen der Zwangsislamisierung zum Opfer und wurden im Gesicht mit türkisch-muslimischen Brandmalen verunstaltet“, so Heinz.

Das adventistische Mädchen Serpouhi Tavoukdjian, das in einem arabischen Harem überlebte, berichtete von diesen Qualen: „Man hielt mich fest, und in Gegenwart einer großen Menschenmenge zeichnete eine Frau den türkischen Halbmond mit den Sternen auf Stirn, Wange und Kinn. Das Tätowieren verursachte große Schmerzen. Ich sollte islamisch erzogen werden und den Sohn meines arabischen Herrn heiraten. Ich betete aber weiterhin zu Jesus, und Er hat mich nach Jahren des Wartens und der Einsamkeit auf wunderbare Weise aus der Sklaverei befreit.“ Serpouhi gelang es, 1924 in die USA auszureisen. Sie hielt ihre dramatischen Erlebnisse in dem Buch „Exiled: Story of an Armenian Girl“ (1933) fest.

Adventistische Pastoren ermordet

Wie Baharian seien weitere adventistische Pastoren und Missionsmitarbeiter, zum Teil mit ihren Familien,

ermordet oder zu Tode gequält worden. Daniel Heinz nennt in seinem Artikel folgende Namen: E. Ayvazian (36 Jahre alt, 14 Jahre Pastor, starb 1915 an Hungertyphus bei Sivas), B. Tousdjian (40 Jahre alt, fünf Jahre Pastor, seine Frau, sein Vater und zwei Kinder wurden mit ihm 1915 bei Malatia ermordet), G. Aressian (24 Jahre alt, fünf Jahre Missionshelfer, verstarb 1917 an Erschöpfung in Thessaloniki), M. Ashikian (30 Jahre alt, vier Jahre Hilfspastor, mit seiner Frau 1915 bei Malatia ermordet), H. Apovian (30 Jahre alt, vier Jahre Hilfspastor, 1915 ermordet, seine Familie verschollen), H. Shadarifian (32 Jahre alt, vier Jahre Pastor, 1915 ermordet, später auch seine Familie), O. Pirenian (Hilfspastor, ermordet, keine weiteren Angaben) und Diran Tcherakian (46 Jahre alt, sechs Jahre Pastor, umgekommen auf einem Todesmarsch 1921 bei Diyarbakir).

Von diesen Pastoren sei ausdrücklich überliefert, dass sie ihren adventistischen Glauben öffentlich bekannt und mit ihrem Leben bezahlt hätten. Es wären noch andere adventistische Pastoren und Missionsarbeiter zu Tode gekommen, doch sei nichts Näheres über ihr Schicksal bekannt. Von über zwölf adventistischen Buchevangelisten hätten lediglich zwei die Verfolgung überlebt. Allerdings kenne man von den meisten adventistischen Opfern des Völkermords nicht einmal mehr die Namen. Die von Heinrich Erzberger, dem Schweizer Missionsvorsteher in Konstantinopel, in den Jahren 1918 bis 1920 zusammengetragene Liste der adventistischen Opfer des Genozids schein nicht erhalten geblieben zu sein.

Im Tal der Todesschatten

Das prominenteste adventistische Opfer des Genozids – neben Džadur Baharian – war laut Daniel Heinz der zuletzt erwähnte Diran Tcherakian. Der Hochschullehrer, Lyriker und Meister der armenischen Sprache, wurde erst 1913 Siebenten-Tags-Adventist. Nach dem Tod Baharians übernahm der Intellektuelle die geistliche Betreuung der verfolgten Mitglieder. Den furchtbaren, über eintausend Kilometer langen Todesmarsch, den er auf sich nehmen musste, beschrieb Tcherakian bis zuletzt, indem er immer wieder Briefe und geheime Nachrichten, auf Zettel gekritzelt, gegen Geld an die adventistischen Missionsangestellten in Konstantinopel überbringen ließ. Auf einen dieser Zettel schrieb er 1921 kurz vor seinem Tod am Ufer des Flusses Tigris bei Diyarbakir mit zittriger Hand: „Und wenn ich auch wandere durchs Tal der Todesschatten, fürchte ich kein Unglück, denn Du, mein Gott, bist bei mir...“ (Psalm 23,4).

Ordination: Adventisten in Norwegen und Dänemark auf neuen Wegen

Royse/Norwegen und Nærum/Dänemark/APD Am 20. September hat der Exekutivausschuss der nationalen adventistischen Kirchenleitung in Norwegen (NORUC) beschlossen, zukünftig keine Pastoren mehr zu ordinieren. Sowohl Pastoren als auch Pastorinnen sollen mit einem Fürbittgebet in den vollen Pastorendienst eingeführt werden. Der Exekutivausschuss der Adventisten in Dänemark (DUChC) hat am gleichen Tag beschlossen, nach Abschluss der Pastoralassistenzeit ausschließlich den Begriff „Pastor/Pastorin“ ohne die Bezeichnung „ordiniert“ oder „gesegnet“ gleichermaßen für Männer und Frauen zu verwenden.

Die Delegierten der 60. Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hatten in San Antonio, Texas/USA, am 8. Juli entschieden, dass es den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) auch weiterhin nicht gestattet sein soll, in ihrem Gebiet Frauen, die im Pastorendienst tätig sind, zu ordinieren.

Keine Diskriminierung

Diesen Beschluss der Weltsynode wollten sie achten, heißt es in einer Mitteilung der Adventisten in Norwegen, gleichzeitig wollten sie aber auch den „grundlegenden Prinzipien“ der Arbeitsrichtlinien der Weltkirchenleitung (General Conference Working Policy BA 60 05) entsprechen. Dort heißt es: „Die Kirche lehnt jedes System und jede Philosophie ab, die jemanden aufgrund seiner Rasse, Farbe oder seines Geschlechts diskriminiert.“

Bisherige Ordinationspraxis entspricht nicht dem Gleichbehandlungsprinzip

Die Ordinationspraxis in der adventistischen Kirche sei während vieler Jahre „nicht in Übereinstimmung mit dem grundlegenden biblischen Prinzip der Gleichbehandlung aller Menschen“ gewesen, so die Medienmitteilung. Die schriftlichen Unterlagen, die den Mitgliedern des norwegischen Exekutivausschusses vor der Beschlussfassung zur Verfügung gestanden seien, hätten auf das Priestertum aller Gläubigen verwiesen und ausgeführt, dass es für die Kirche unmöglich sei, das grundlegende Menschenrecht der Gleichbehandlung anzuerkennen ohne die in der Vergangenheit angewandte Ordinationspraxis entsprechend anzupassen.

Das Dokument der norwegischen Adventisten führt weiter aus, dass die adventistische Weltkirche in den

letzten fünf Jahren gründliche Studien bezüglich der Ordination durchgeführt habe, die zur Feststellung geführt hätten, dass es unter gewissenhaften und loyalen Adventisten zwei gegensätzliche Auffassungen von Ordination gebe. Die Weltkirchenleitung habe es versäumt, jenen überregionalen oder nationalen Kirchenleitungen (Unionen), welche überzeugt seien, dass die aktuelle Ordinationspraxis aus biblischer Sicht falsch sei, Raum zu lassen, damit sie im Rahmen der Arbeitsrichtlinien ihrem Gewissen folgen könnten. Das habe die norwegische Kirchenleitung in eine schwierige Situation gebracht.

Für norwegische Adventisten eine Gewissensangelegenheit

„Die norwegische Union (nationale Kirchenleitung) rebelliert nicht, noch möchte sie die weltweite Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten verlassen. Dies festzuhalten ist uns ganz wichtig“, sagte Pastor Finn F. Eckhoff, Generalsekretär der norwegischen Kirchenleitung. „Für die norwegische Union ist dies eine Gewissensangelegenheit“, betonte Pastor Reidar J. Kvinge, Präsident der norwegischen Adventisten. Mit ihrer Entscheidung ermutige die norwegische Kirche die Weltkirchenleitung jedoch, eine biblisch begründete Ordinationspraxis zu schaffen, welche die Einheit der Kirche nicht gefährde.

Neue Regelungen und Bezeichnungen

Für Personen, die in Zukunft in Norwegen als Pastoralassistenten in den Pastorendienst eingeführt würden, werde ein einfaches Fürbittgebet gesprochen. In gleicher Weise werde auch mit Pastoralassistenten verfahren, wenn sie in den vollen Pastorendienst eingesetzt würden.

Demnach gebe es zukünftig bei den norwegischen Adventisten keine „ordinierten“ und „nicht-ordinierten“ Pastoren mehr. Unabhängig vom Geschlecht werde es nur noch zwei Kategorien von pastoralen Mitarbeitern geben: Pastoren „im normalen Dienst“ oder „im Praktikum bzw. in der Pastoralassistenten“. Der Weltkirchenleitung werde man solange keine Angaben mehr über Mitarbeitende im Pastorendienst mitteilen bis sie Kategorien für Pastoren geschaffen habe, die nicht diskriminierend seien.

Adventisten in Dänemark geben die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ auf

Die Kirchenleitung der Adventisten in Dänemark (DUChC) beschloss 2013 eine Stellungnahme, wonach die Kirche „bei der Ernennung von Pastoren nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden werde und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Verantwortungsbereichen wünsche“. Im Dokument steht auch, dass die dänische Kirchenleitung (Union) „die Ordination von neuen Pastoren bis zur

Generalkonferenz-Vollversammlung 2015 (Weltsynode) aussetzen werde“, an der die Frage der Frauenordination diskutiert werde.

Gemäß der Arbeitsrichtlinie der Weltkirchenleitung (Working Policy E05 05) könnten auch andere Legitimationen ausgestellt werden. Die dänische Kirchenleitung bitte die Weltkirchenleitung, eine Bezeichnung für die Legitimation von Pastoren zu finden, welche für Männer und Frauen zutreffend sei.

Auf der Basis dieser Bitte an die Weltkirchenleitung und der Stellungnahme zur Gleichbehandlung aus dem Jahr 2013, die im biblischen Verständnis gründe, wonach Mann und Frau als Ebenbild Gottes geschaffen seien und der Heilige Geist Männern und Frauen geistliche Gaben in gleicher Weise schenke, sei am 20. September 2015 vom Exekutivausschuss der dänischen Kirchenleitung (Union) beschlossen worden, dass die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ nicht mehr verwendet werden sollen, sondern nur noch von „ausgesonderten Pastoren“ gesprochen werden soll. In Zukunft werde die dänische Kirchenleitung ausschließlich eine Bezeichnung und eine Legitimation verwenden, nämlich „Pastor/Pastorin“. Dies gelte gleichermaßen für Männer und Frauen, welche die Pastoralassistentenzeit erfolgreich abgeschlossen hätten.

Adventisten in den Niederlanden wollen Frauen auch in Zukunft ordinieren

Nach der Entscheidung der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) vom Juli 2015 veröffentlichte die Kirchenleitung der holländischen Adventisten folgende Erklärung, die von SPECTRUM, Zeitschrift der Vereinigung adventistischer Foren (AF), ins Englische übersetzt wurde:

„Die Delegierten der adventistischen Kirchengemeinden in den Niederlanden haben im Herbst 2012 beschlossen, Frauen in gleicher Weise wie ihre männlichen Kollegen zum Pastorendienst zu ordinieren. Dieser Beschluss trat im Juni 2013 in Kraft und bleibt es weiterhin. Die Entscheidung der Generalkonferenz-Vollversammlung von San Antonio ändert daran nichts.

Die Kirchenleitung in den Niederlanden wird weiterhin Pastorinnen ordinieren. Wir danken Gott, dass er Männer und Frauen in seinen Dienst beruft. Mit Freude wollen wir diesen Ruf durch das Auflegen der Hände bestätigen.“

Italiens Adventisten opponieren gegen Beschluss zur Frauenordination der Weltkirche

Rom/Italien/APD Am 15. Oktober hat die adventistische Kirchenleitung in Italien (Unione Italiana delle Chiese Cristiane Avventiste del Settimo Giorno UICCA) den Beschluss 250, der bereits am 16. September gefällt worden war, publiziert. Demnach hat der UICCA-Exekutivausschuss einstimmig beschlossen „ein respektvolles, aber starkes Zeichen des Dissenses und des Protests“ gegenüber der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) zur Frauenordination zu veröffentlichen und „geeignete administrative Maßnahmen“ zu treffen.

Am 8. Juli hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Die Kirchenleitung der Adventisten in Italien führt in ihrer Stellungnahme zum Beschluss der Weltsynode an, dass die Frage der Frauenordination kirchenintern bereits seit 1950 diskutiert werde. Sie sei auch auf den Weltsynoden 1990 und 1995 thematisiert worden. Im Weiteren hätten bereits 2013 die adventistischen Pastoren in Italien einstimmig für die Ordination von adventistischen Pastorinnen zum Pastorendienst votiert und auch die Studienkommission der Weltkirche zur Ordinationsfrage (TOSC) habe 2014 festgehalten, dass es weder biblische noch theologische Hindernisse zur Frauenordination gebe.

In der Stellungnahme heißt es: „Die UICCA (Italienische Union der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten) fühlt sich gezwungen, ein respektvolles aber auch starkes Signal an die Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) zu senden, um ihren Protest beziehungsweise ihren Dissens zur Abstimmung der Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode) zum Ausdruck zu bringen. Die Weltsynode hat in der jüngsten Generalkonferenz-Vollversammlung im Namen der Einheit der Kirche gegen das Grundprinzip der Freiheit sowie der Meinungsverschiedenheit im religiösen und kulturellen Kontext verstoßen. Im Namen der Würde der weiblichen Pastoren, die in unserem Gebiet ihren Dienst leisten, können wir nicht akzeptieren, dass ihre Mission weiterhin nicht vollständig anerkannt und damit diskriminiert wird. Die UICCA behält sich vor,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Meinungsverschiedenheit in offensichtlicher Weise, auch mit administrativen Maßnahmen, zum Ausdruck zu bringen.“

Adventistische Theologieprofessoren geben Legitimation als „ordinierte“ Pastoren zurück

Roseville, Kalifornien/USA/APD Neun Theologieprofessoren der adventistischen Andrews-Universität in Michigan/USA haben als Reaktion auf den ablehnenden Beschluss der Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) der Siebenten-Tags-Adventisten zur Frauenordination ihre Legitimationen (Beglaubigungen) als „ordinierte“ Pastoren an die Weltkirchenleitung zurückgegeben. Die Professoren haben gebeten, Legitimationen als „beauftragte“ Pastoren wie adventistische Pastorinnen ausgestellt zu erhalten. Dies berichtete SPECTRUM, Zeitschrift der Vereinigung adventistischer Foren (AF).

Am 8. Juli hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Jeder der neun Professoren habe nach Angaben von Pastor Jiří Moskala, Dekan des Theologischen Seminars, individuell ein entsprechendes Schreiben an den Generalsekretär der Weltkirchenleitung, G. T. Ng, gerichtet, da die Andrews University, das „Flaggschiff“ adventistischer Ausbildungsstätten, eine Institution der Weltkirchenleitung ist. Die zurückgesandten Legitimationen laufen Ende Dezember 2015 aus und müssen erneuert werden.

Die in den Schreiben angegebenen Gründe variierten, so Moskala. Die Professoren erlebten die gegenwärtige Ordinationspraxis als eine sakramentale Ermächtigung, die das männliche Geschlecht voraussetze und nicht als Segnung für geschlechtsunabhängige, geistliche Gaben, wie dies die Adventisten immer gelehrt hätten.

Einige Theologen hätten laut Jiří Moskala darauf hingewiesen, dass Ordination Teil der Arbeitsrichtlinien der Kirche sei und kein Artikel der 28 adventistischen Glaubensüberzeugungen, wie dies heute den Anschein habe. Für sie sei dieser Antrag auf Auswechslung der

Legitimationsbezeichnung eine Frage des Gewissens sowie der Aufrichtigkeit und ergebe sich aus einem tiefen Gefühl der Ungerechtigkeit und Unfairness Kolleginnen gegenüber, die als Pastorinnen dienen.

Adventistische Pastorinnen: Segnung aber keine Ordination

Adventistische Frauen können nach der Entscheidung der Weltsynode weiterhin nach ihrem mehrjährigen Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes“/„Union“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Reaktionen auf Beschluss der Weltsynode in Europa

Nach der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 zur Kompetenzregelung bezüglich der Frauenordination haben die überregionalen Kirchenleitungen (Unionen) in Dänemark, Italien, den Niederlanden und Norwegen auf unterschiedliche Weise reagiert.

Norwegen

Am 20. September hat der Exekutivausschuss der nationalen, adventistischen Kirchenleitung in Norwegen (NORUC) beschlossen, zukünftig keine Pastoren mehr zu ordinieren. Sowohl Pastoren als auch Pastorinnen sollen mit einem Fürbittgebet in den vollen Pastorendienst eingeführt werden.

Dänemark

Der Exekutivausschuss der Adventisten in Dänemark (DUChC) hat am gleichen Tag beschlossen, nach Abschluss der Pastoralassistenzeit ausschließlich den Begriff „Pastor/Pastorin“, ohne die Bezeichnung „ordiniert“ oder „gesegnet“, gleichermaßen für Männer und Frauen zu verwenden.

Niederlande

Adventisten in den Niederlanden wollen Frauen auch in Zukunft ordinieren. In einer Erklärung nach dem Beschluss der Weltsynode hält die niederländische Kirchenleitung fest: „Die Delegierten der adventistischen Kirchgemeinden in den Niederlanden haben im Herbst 2012 beschlossen, Frauen in gleicher Weise wie ihre

männlichen Kollegen zum Pastorendienst zu ordinieren. Dieser Beschluss trat im Juni 2013 in Kraft und bleibt es weiterhin. Die Entscheidung der Generalkonferenz-Vollversammlung von San Antonio ändert daran nichts.“

Italien

Die Kirchenleitung der Adventisten in Italien (UICCA) hat am 16. September „ein respektvolles, aber starkes Zeichen des Dissenses und des Protests“ gegenüber der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) zur Frauenordination publiziert und geeignete administrative Maßnahmen angekündigt.

ENTWICKLUNG

Ein Weihnachtsgeschenk für Kinder in Osteuropa

Paket-Aktion „Kinder helfen Kindern“ 2015

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Seit dem Jahr 2000 packen in Deutschland Kinder, Eltern und Großeltern Weihnachtspakete für Kinder aus armen Familien im Osten Europas. Im letzten Jahr waren es genau 39.027 Pakete. Mit der Aktion „Kinder helfen Kindern“ möchte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland nicht nur Freude verbreiten. Gleichzeitig führt ADRA in Osteuropa Kinderprojekte durch, um die Not von Kindern und Familien langfristig und nachhaltig zu lindern.

So kümmert sich ADRA Deutschland beispielsweise in der Republik Moldau um vernachlässigte Kinder aus meist armen Familien. Im Dorf Vadul lui Voda werden sie in einem Zentrum versorgt, ärztlich behandelt und wieder fit für die Schule gemacht. Die Mitarbeitenden suchen das vermittelnde Gespräch mit den Eltern oder Verwandten, damit die Kinder so schnell wie möglich in ihre Familien zurückkehren können. Bis dahin sind sie im Zentrum gut untergebracht und können spielen und lernen.

Es kann gepackt werden

Kinder jeder Altersklasse können bis zum 22. November Pakete packen und sie auch bemalen. Es werde dazu wieder einen Kreativwettbewerb geben. Die Geschenkpakete gehen in diesem Jahr nach Albanien, Bosnien und Herzegowina, in das Kosovo, Litauen, Mazedonien, Montenegro, die Republik Moldau, Serbien

und in die Ukraine. Gerade in der Ukraine freuten sich die Kinder nach den monatelangen Auseinandersetzungen besonders auf ein Geschenk zu Weihnachten. Viele hätten mit der Familie das Zuhause verlassen müssen und seien jetzt in Notunterkünften, wie in dem Familienzentrum von ADRA in Kiew, untergekommen.

Eingepackt werden können zum Beispiel Spielsachen, Bastel- und Schulbedarf, Kamm, Bürste, Spiegel, Zahnbürste, Haarspangen, Schal, Socken, Strumpfhose, Mütze, Handschuhe und Süßigkeiten. Bestimmte Dinge dürfen nicht mitgesandt werden. Näheres dazu und wo die Pakete abgegeben werden können beim Aktionstelefon 06151-811522 oder unter www.kinderhelfen-kindern.org

Flüchtlinge so behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte

ADRA setzt sich für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge ein

Silver Spring, Maryland/USA/APD Angesichts Tausender Flüchtlinge, die täglich in Europa eintreffen, ruft die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International zu einer politischen Lösung der Flüchtlingsursachen auf. An die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft wird appelliert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und den Betroffenen Schutz zu gewähren.

Gleichzeitig werden in der ADRA-Erklärung Einheimische gebeten, die Flüchtlinge in ihren Orten so zu behandeln, wie sie selbst in solch einer Situation behandelt werden wollen. Das Menschenrecht auf Asyl sollte Vorrang haben. Politiker und Bevölkerung müssten verstehen lernen, dass die Behandlung von Flüchtlingen nicht davon abhängig gemacht werden könne, welche Landesgrenzen sie gezwungen seien zu überqueren noch aus welcher Religion oder Kultur sie stammen. Die Menschenwürde sollte geachtet werden. Dazu gehörten sanitäre Anlagen, sichere Unterkünfte, medizinische Versorgung und Respektierung der menschlichen Grundrechte.

Flüchtlinge sollten nicht nur mit Lebensmitteln und Unterkunft versorgt werden, sondern auch Sprachkurse sowie Vermittlung beim Umgang mit Behörden, Zugang zu vorhandenen Unterstützungen und psychosoziale Hilfe erhalten. Im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention setze sich ADRA für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge und deren Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen ein.

ADRA grenzüberschreitend tätig

ADRA selbst sei grenzüberschreitend tätig. Nach einem Bericht vom 21. September anlässlich einer Zusammenkunft von ADRA-Verantwortlichen in Mexiko unterstützen die ADRA-Organisationen International, Kanada, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen finanziell die Hilfe für Flüchtlinge durch ADRA-Schwesterorganisationen in Serbien, Syrien, im Irak, Libanon und Jemen.

Syrien und Irak gehörten laut Anna Lefik, Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, zu den Ländern mit den meisten Binnenvertriebenen. Sie hätten Zuflucht in leerstehenden Gebäuden, provisorischen Behausungen und Flüchtlingscamps gefunden. Dort seien die Menschen aufgrund der schlechten hygienischen Bedingungen einem hohen Krankheitsrisiko ausgesetzt. ADRA führe deswegen Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene durch. Dazu gehörten der Zugang zu sauberem Wasser und die Einrichtung von sanitären Anlagen. Mithilfe von psychosozialer Betreuung lernten die Betroffenen die Geschehnisse zu verarbeiten und besser mit ihrer Situation umzugehen. Erwachsene und Kinder würden mit Sprachkursen und Schulunterricht gefördert.

Transitländer

Transitländer wie Serbien stünden derzeit vor immensen Herausforderungen, so Anna Lefik. Einerseits möchten sie schutzbedürftigen Menschen helfen, andererseits werde die Belastung durch die steigende Zahl an Flüchtlingen immer größer. Daher biete ADRA in den Transitländern gemeinsam mit anderen Organisationen Unterstützung bei den Asylverfahren, ermögliche Zugang zu grundlegenden Informationen und leiste medizinische und psychosoziale Betreuung. ADRA habe in Belgrad ein Informationszentrum in der Nähe von Bus- und Bahnhöfen eingerichtet, das als Anlaufstelle für Asylsuchende diene. Dieses Center werde auch von ADRA Deutschland finanziell unterstützt.

ADRA Deutschland

Im Ausland sei ADRA Deutschland seit Jahren in verschiedenen Projekten weltweit aktiv, so Anna Lefik. Im Inland fänden Hilfsprojekte über bestehende Strukturen statt. Dazu hätten sich die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Theologische Hochschule der Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) sowie ADRA Deutschland in dem Bündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ zusammengeschlossen.

In der Bundesrepublik fänden Hilfsprojekte über die bestehenden Strukturen der adventistischen Ortsgemeinden sowie des Advent-Wohlfahrtswerks (AWW) statt. Bei diesen Projekten stehe die Integration der Flüchtlinge im Fokus, informierte Anna Lefik. Ein gutes Beispiel sei die Kooperation des ADRA-Shops in

Stendal mit dem kultur- und generationsübergreifenden Netzwerk Maranata e.V. Als Ehrenamtliche unterstützten Asylsuchende das ADRA-Shop-Team bei ihren täglichen Aufgaben und machten sich so mit dem Leben in Deutschland vertraut.

ADRA Österreich

Auch in Österreich würden die Strukturen der örtlichen Adventgemeinden genutzt, erläuterte Corinna Wagner, Mitarbeiterin von ADRA Österreich. So stelle die Adventgemeinde Mödling in Niederösterreich Räumlichkeiten zur Lernbetreuung von Flüchtlingskindern zur Verfügung. In Innsbruck (Tirol) und in Bruck an der Mur (Steiermark) würden ehrenamtliche ADRA-Helfer regelmäßig Kleidung aus ihrer Kleiderkammer in Heime für Asylbewerber bringen. Auch in Villach (Kärnten) und in Braunau (Oberösterreich) betreuten Ehrenamtliche Asylbewerber mit Deutschkursen, Kleidung, Möbel und anderen Haushaltsgegenständen. Im Nordirak betreue ADRA Kurdistan Flüchtlingsfamilien im Raum Erbil. Dieses Projekt werde von ADRA Österreich finanziell unterstützt.

ADRA Schweiz

ADRA Schweiz unterstütze wie ADRA Deutschland das Flüchtlingsprojekt von ADRA Serbien in Belgrad finanziell. Das Informationszentrum sei täglich geöffnet. Dort erhielten die Flüchtlinge korrekte Informationen zu ihren Rechten. Viele Menschen wären nach der langen Reise erschöpft und teilweise auch traumatisiert. Das Zentrum biete ihnen deshalb zusätzlich eine grundlegende medizinische Versorgung sowie psychologische Unterstützung an. Es stünden Übersetzer zur Verfügung, die aus den Ursprungsländern der Flüchtlinge stammten aber auch fließend Serbisch sprechen würden. Alle relevanten Informationen stünden zudem in sechs Sprachen zur Verfügung. Mobile Teams seien in Belgrad unterwegs, um Flüchtlinge mit konkreten Informationen zu versorgen. Zweimal in der Woche würden sie von Médecins sans Frontières Angestellten unterstützt, damit auch in der Stadt medizinische Hilfe geleistet werden könne.

ADRA Deutschland legt Jahresbericht 2014 vor

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland e. V. hat im vergangenen Jahr rund 1,5 Millionen Menschen in 41 Ländern direkt oder indirekt unterstützt. Das geht aus dem im Oktober vorgelegten Jahresbericht für 2014 hervor. Zum Tätigkeitsfeld von ADRA Deutschland gehören humanitäre Hilfe im Katastrophenfall sowie Entwicklungszusammenarbeit in den

Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Einkommen, Katastrophenvorsorge, Völkerverständigung, Wasser und Sanitärtechnik sowie Umweltschutz.

„Als Teil eines global agierenden Netzwerks in mehr als 130 Ländern hilft ADRA Deutschland jährlich Millionen Menschen“, so der Bericht. Nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ verbessere ADRA die Chancen dieser Menschen auf ein würdiges Leben gemäß der allgemeinen Menschenrechte. Im Jahr 2014 seien die humanitären Krisen auf ein seit Jahrzehnten beispielloses Niveau angestiegen, teilte Geschäftsführer Christan Molke mit. Die Vielzahl der Krisen hätte immense Herausforderungen für die Arbeit von ADRA mit sich gebracht.

Als Beispiele der Projektarbeit für das Jahr 2014 nennt der Geschäftsbericht den Neubau von zwei Schulen mit Solarenergie in Somalia und Somaliland, eine Initiative gegen Mangelernährung in Burkina Faso, medizinische Grundversorgung für Binnenvertriebene im Jemen, humanitäre Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge in Kurdistan, die Eröffnung eines Gesundheits- und Familienzentrums in der Ukraine, die entwicklungspolitische Aktion „Kinder helfen Kindern!“, durchgeführte Freiwilligenprogramme und die in Deutschland betriebenen ADRAshops.

Fast 8,3 Millionen Euro hat das Hilfswerk im Jahr 2014 laut Bericht für seine Aufgaben ausgegeben. Dabei schlugen die allgemeinen Verwaltungskosten mit knapp 20 Prozent zu Buche, während 78 Prozent des Budgets den Entwicklungs- und Hilfsprojekten sowie entwicklungspolitischer Bildung zugutekamen.

Den Ausgaben standen eingenommene Mittel in folgender Höhe gegenüber (gerundet): 2,7 Millionen Euro aus privaten Spenden; 2,3 Millionen Euro seitens des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland; knapp eine Million Euro von der Europäischen Kommission Humanitäre Hilfe (ECHO); 3,5 Millionen Euro von der Europäischen Union; 0,05 Millionen Euro von der ADRA Stiftung; 1,5 Millionen Euro seitens der „Aktion Deutschland Hilft“; 0,6 Millionen Euro von ADRA-Partnerorganisationen, 0,5 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie 0,02 Millionen Euro vom Bundesfamilienministerium.

Der Jahresbericht 2014 von ADRA Deutschland e. V. kann im Internet unter www.adra.de/geschaeftsberichte heruntergeladen werden.

KULTUR

Sich schützend vor Minderheiten stellen

Hochschule Friedensau verleiht 38 Absolventen akademische Grade

Friedensau bei Magdeburg/APD In einer Feierstunde am 11. Oktober erhielten 38 Absolventen der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg die Urkunden über die ihnen verliehenen akademischen Grade. In der Festansprache rief der Principal (Rektor) des adventistischen Newbold College in Bracknell westlich von London, Dr. John Baildam, die Absolventen auf, für andere da zu sein.

Baildam betonte, dass die Friedensauer Hochschule sich zwar als „theologisch“ bezeichne, aber nicht nur Theologen, sondern im Fachbereich „Christliches Sozialwesen“ auch Studierende für soziale Berufe ausbilde. Wobei auch Theologen in ihrer Tätigkeit für den Menschen da sein sollten. Er erinnerte daran, dass in Friedensau Studierende aus über 30 Ländern eingeschrieben seien. Das lasse eine große kulturelle Vielfalt erkennen.

Sich gegen Ausländerfeindlichkeit wehren

Gerade Christen sollten sich, so Baildam, gegen Ausländerfeindlichkeit wehren und helfen kulturelle Missverständnisse aufzuklären. Sie könnten sich keine Vorurteile gegen andere leisten, nur weil sie anders seien: anders durch eine andere Hautfarbe, Sprache und Kultur sowie durch einen anderen Gott oder ein anderes Verhalten. Niemand sollte sich über den andern erheben, sondern den andern höher achten als sich selbst, wie schon der Apostel Paulus in seinem Philipperbrief schreibt.

„Wir dürfen nie vergessen, dass wir nicht immer Recht haben“, gab Baildam zu bedenken. Deshalb gelte es Verständnis gegenüber jenen zu zeigen, die andersartig oder auch anderer Meinung seien. Fanatiker, die an ihrem Glauben derart festhielten, dass sie Andersgläubige nicht tolerierten, handelten nicht menschlich. Doch Christen müssten in ihrem Land durch Menschlichkeit auffallen. Sie sollten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich schützend vor Minderheiten stellen.

Bachelor- und Mastergrade verliehen

Insgesamt wurden 38 Studierende aus neun Ländern in

den Bereichen Theologie und Sozialwesen mit einem Bachelor (B.A.) oder Master (M.A.) graduiert. Dr. Stefan Höschele, Dekan des Fachbereichs Theologie, übergab Urkunden an zwei B.A. und sieben M.A. in Theologie sowie an vier Master of Theological Studies (M.T.S.). Letztere stammen aus Kenia, Tansania und Nigeria. Dr. Horst Rolly, Dekan des Fachbereichs Christliches Sozialwesen, übergab Diplome an neun B.A. in Soziale Arbeit und vier B.A. in Gesundheits- und Pflegewissenschaften. M.A. erhielten zwei Graduierte in Counseling (Beratung), eine in Musiktherapie, drei in Sozial- und Gesundheitsmanagement sowie sechs in International Social Sciences. Von den letztgenannten Absolventen stammt nur einer aus Deutschland, die anderen kommen aus Äthiopien, Kenia, der Republik Moldau und Tansania.

DAAD-Preis an Absolvent aus Tansania verliehen

Der Prorektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Dr. phil. habil. Thomas Spiegler, verlieh den diesjährigen Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an Peter Joseph Bulengela. Er stammt aus Tansania und ist Absolvent des Masterstudiengangs Counseling an der Theologischen Hochschule Friedensau. Er erhält diesen mit 1.000 Euro dotierten Preis für besondere akademische Leistungen und sein interkulturelles Engagement. Bulengela arbeitete bereits neben seinem Studium als Sozialarbeiter in der Migrationsberatungsstelle des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Burg bei Magdeburg. Seine hervorragenden Sprachkenntnisse in Deutsch, Englisch, Swahili und Sukuma leisten ihm, der als Kind mit seinen Eltern bereits fünf Jahre in Deutschland verbracht hatte, sehr gute Dienste. Beim DRK ist er in der Betreuung von Flüchtlingen tätig, die überwiegend aus dem Nahen Osten, insbesondere aus Syrien und Afghanistan kommen. Der DAAD-Preis, der seit mehr als zehn Jahren vergeben wird, ist dafür eingerichtet worden, um die Leistungen der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen zu würdigen.

Konzert zum Studienjahresbeginn

Bereits am Vortag wurden in Friedensau in einem Gottesdienst etwa 40 neue Studierende willkommen geheißen. Außerdem gab es am Nachmittag das traditionelle Konzert zum Studienjahresbeginn der Theologischen Hochschule Friedensau. Die Ausführenden waren das Kammerorchester der Hochschule unter der Leitung von Jürgen Hartmann (Berlin). Auf dem Programm standen „Schwedische Kostbarkeiten“; gemeint war damit die Musik der Komponisten Per Brant (1714–1767) und seine Sinfonia in D, Hinrich Philip Johnsen (1717–1779), mit dem Konzert in F für 2 Fagotte und Streicher, sowie Ludvig Norman (1831–1885), mit der Konzert-Ouvertüre Es-Dur op. 21. Die Schwedischen Tänze op. 63 von Max Bruch (1838–1920) beschlossen die musikalische Hommage an

den Norden Europas. Vor über 50 Jahren wurde das Orchester von Professor Wolfgang Kabus ins Leben gerufen, der es bis 1999 leitete. Es setzt sich aus Berufsmusikern, Musiklehrern und Laien zusammen, die in musikalisch vielfältigen Konzerten ihr Können unter Beweis stellen.

Die 1899 gegründete staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau umfasst die beiden Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie mit einer Anzahl wissenschaftlicher Institute. Hier können die Studiengänge B.A. Soziale Arbeit und B.A./M.A. Theologie, M.A. Sozial- und Gesundheitsmanagement, M.A. Counseling, Master of Theological Studies, M.A. Musiktherapie sowie M.A. International Social Sciences belegt und ein duales B.A.-Studium Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie ein Kurs „Deutsch als Fremdsprache“ absolviert werden. An der Hochschule sind rund 200 Studierende aus über 30 Ländern eingeschrieben.

Neues Schuljahr auf der „Marienhöhe“ wieder mit Gesundheitstagen und Sponsorenlauf

Darmstadt/APD Das Schulzentrum „Marienhöhe“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt hat im neuen Schuljahr 688 Schüler. Auch dieses Jahr gab es wieder die „Marienhöher Gesundheitstage“ vom 4. bis 5. Oktober mit Sponsorenlauf am 6. Oktober.

Wie der neue Schulleiter, Dr. Christian Noack, mitteilte, hat die Marienhöhe dieses Schuljahr 21 Schüler mehr als im Vorjahr. Davon besuchen 453 das Gymnasium, 179 die Real- und 56 die Grundschule. 44 Schüler wohnen im hauseigenen Internat. 70 Prozent der Internatsschüler stammen aus adventistischem Elternhaus oder sind selbst Mitglieder der Freikirche. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl beträgt der Anteil der Adventisten zwölf Prozent. Von den 63 Lehrkräften sind 35 Adventisten, die 7 Internatspädagogen gehören jedoch alle der Freikirche an.

Das 1925 eröffnete „Seminar Marienhöhe“ hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 folgte die Realschule und 2010 die Grundschule.

Weltethos-Ausstellung in der Adventgemeinde Berlin-Köpenick lädt zu religionsübergreifender Mitmenschlichkeit ein

Berlin/APD Die Adventgemeinde Berlin-Köpenick präsentiert in ihrem Gemeindezentrum die Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“. Die Ausstellung der Stiftung Weltethos ist ein Beitrag zur interreligiösen Bildung. Sie regt zu einem gesellschaftlichen Miteinander an, das über die Grenzen von Religion und Kultur hinweg von einer Ethik der Mitmenschlichkeit geprägt ist.

Bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung am Samstag, 17.10.2015, bezeichnete der Bezirksbürgermeister des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin, Oliver Igel, die Religion als den Anker des Lebens. Im Hinblick auf religiös motivierte Gewalt erklärte Igel: „Von einigen Dingen kann es nie genug geben. Dazu gehören der interreligiöse und der interkulturelle Dialog.“ Besonders angesichts der hohen Flüchtlingszahlen böte der Dialog die Chance zum Dazulernen. Durch den Dialog könne es gelingen, die neu hinzugekommenen Menschen zu begrüßen und von ihnen zu profitieren.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt dankte der Adventgemeinde für ihren gesellschaftlichen Beitrag, den sie mit der Ausstellungspräsentation leiste. Sie erinnere an die gemeinsamen Werte der Weltreligionen, die sich in der Wertschätzung des Menschen zeigten. In Anwendung auf die Flüchtlingsbewegungen betonte Schmidt: „Menschen abzuweisen, widerspricht dem Weltethos.“

Gunnar Scholz, Präsident regionalen Freikirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, wies zur Ausstellungseröffnung darauf hin, dass ein Frieden dort unmöglich sei, wo man nur nach den Fehlern des Anderen suche. Stattdessen sei es wichtig, den Wert des Anderen zu entdecken und ihm Freiheit zuzugestehen. Diese Freiheit habe Jesus gelebt und den Fremden als Beispiel und zum Vorbild genommen. „Wo man aufeinander zugeht, kann so mancher Konflikt viel besser ausgeräumt werden, als wenn man Druck aufeinander ausübt“, hob Scholz hervor.

In der multireligiösen Welt sei es unverzichtbar, über ein Grundwissen über die Religionen zu verfügen, unabhängig ob man selbst religiös sei oder nicht. Darauf wies Dr. Martin Bauschke, Referent der Stiftung Weltethos, in seiner Einführung in das Anliegen der Weltethos-Ausstellung hin. Andernfalls könne man nicht zwischen Islam und Islamismus unterscheiden und halte den IS für typisch islamisch. Bauschke erinnerte an ein Schreiben von 125 muslimischen Gelehrten an die Führer des IS. Darin bekräftigten die muslimischen Gelehrten, dass es im Islam verboten sei, Unschuldige zu töten, Christen zu schaden, Menschen zur Konversion zu zwingen oder sie zu foltern.

Der Gedanke des Weltethos biete einen Mehrwert

gegenüber reiner Menschlichkeit, nämlich die Mitmenschlichkeit, so Bauschke. Es sei nicht nur das Recht des Einzelnen, menschlich behandelt zu werden. Ebenso sei es dessen Pflicht, anderen Menschen gegenüber mitmenschlich zu sein. Diesen Leitgedanken könnten Glaubende der Weltreligionen und Nichtglaubende teilen.

Die Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ kann bis zum 1. November dienstags, donnerstags und sonntags von 15 bis 19 Uhr kostenfrei im Gemeindezentrum der Adventgemeinde Berlin-Köpenick besucht werden. Begleitvorträge finden am 24. Oktober um 19 Uhr zur Religionsfreiheit mit Dr. iur. Harald Mueller, dem Leiter des Instituts für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule Friedensau, sowie am 31. Oktober um 19 Uhr zum Islam mit der Sozialwissenschaftlerin Jana Kaufmann-Päschel statt.

MEDIEN

Blindenhörbücherei stellt Versand von Hörkassetten ein

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt/APD Die Blindenhörbücherei des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, stellt den Versand von Hörkassetten ein. Die für blinde und sehbehinderte Nutzer entwickelte DAISY-CD löst die Hörkassette ab.

„Zu Beginn des Dienstes von Blindenhörbüchereien wurden Tonbandspulen an blinde und sehbehinderte Hörer verschickt“, erinnerte Pastor Andre J. Thäder, Leiter der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“. Die Einführung der Kompaktkassetten habe einen deutlichen Fortschritt mit sich gebracht: Das Kopieren, Versenden und Hören von Büchern und Zeitschriften wurde einfacher. Trotzdem sei einigen Nutzern der Abschied von der Spule nicht leicht gefallen. Ähnliches erlebe die Blindenhörbücherei seit 2010 mit der Umstellung auf DAISY-CDs. Diese Technik wurde speziell für blinde und sehbehinderte Nutzer entwickelt. Und doch seien laut Thäder manche bei der „bewährten“ Kassette geblieben.

Das Team der Blindenhörbücherei des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ könne das bei älteren Hörern nachvollziehen. „Wir haben deshalb bis jetzt neben alten Hörbüchern auch fast alle neuen Abonnements auf Kassetten angeboten“, erläuterte Pastor Thäder. Inzwischen sei der Kreis der Kassettenhörer aber sehr

klein geworden, der Vorrat an Kassetten schrumpfe und immer mehr Laufwerke der Kassetten-Kopieranlage seien defekt. So müsse das Team diesen Tonträger Stück für Stück absetzen. Ab 2016 werden deshalb alle Abonnements nur noch auf CDs verschickt.

Anfang September betraf das schon die Kassettenausgabe der Hörzeitung „Darmstadt aktuell“. Diese wöchentliche Hörzeitung wird seit 1983 im Auftrag der Stadt Darmstadt für blinde und sehbehinderte Menschen in Darmstadt und Umgebung erstellt. Am 5. September 1988 – also vor genau 27 Jahren – übernahm die Blindenhörbücherei dafür die Kopier- und Versandarbeiten. Nun geht diese Arbeit ausschließlich mit DAISY-CDs weiter.

2014 wurden insgesamt etwa 18.500 CDs und 5.100 Kassetten aller Abonnements an 2.400 Hörer verschickt. Dazu kam noch der Verleih von knapp 500 Hörbuchtiteln, informierte Thäder. Die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“ gibt es bereits seit 1964. Seit über 50 Jahren können bei ihr kostenlos Tonträger ausgeliehen werden.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

REZENSION

Karl Heinz Voigt, *Ökumene in Deutschland: Internationale Einflüsse und Netzwerkbildung (Kirche – Konfession – Religion, Band 62)*, Göttingen: V&R unipress, 2014, 311 Seiten, gebunden, € 44,99, ISBN 978-3-8471-0269-4

„Kirchlich ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Ökumene. Es hat alle Kirchen verändert“, heißt es auf dem Klappentext des hier vorzustellenden Buches. Karl Heinz Voigt, Pastor i.R. der Evangelisch-methodistischen Kirche, geht darin den Voraussetzungen der Ökumene nach. Der Autor hat selbst in verschiedenen zwischenkirchlichen Gremien mitgewirkt und war zehn Jahre lang Ökumene-Beauftragter seiner Kirche.

Es mag zunächst ungewöhnlich erscheinen, dass ein Methodist sich diesem Thema widmet. Dafür gibt es aber mindestens zwei gute Gründe. Zum einen gilt nach den Worten des Autors: „Der normale Methodist ist ein

ökumenischer Christ.“ Die dargestellten Entwicklungen werden daher auch aus der Perspektive einer ökumenisch selbstbewussten Minderheitenkirche entfaltet. Zum zweiten wurde dieses Thema in der kirchengeschichtlichen Forschung bisher nur am Rande beachtet. Auf akademischer Ebene befasste man sich zu wenig mit dem Phänomen der Minderheitenkirchen, so Voigt. Der evangelische Ökumeniker Reinhard Frieling, der 1970 ein Buch mit dem gleichen Titel geschrieben hat, bestätigt diese Sicht: „Voigts Werk schließt eine bedeutsame Lücke in der ökumenischen Geschichtsschreibung.“

Das vorzustellende Buch ist in zwei ungleich große Kapitel unterteilt: das erste (S. 17-90) legt unter der Überschrift „Vorboten von Veränderungen im 19. Jahrhundert“ den Fokus auf die Zeit vom ersten Wittenberger Kirchentag (1848) bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Das zweite Kapitel (S. 91-269) handelt von den „Wirkungen der internationalen Ökumene in Deutschland im 20. Jahrhundert“. Das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 markiert hier als deutliche Zäsur den Rahmen dieses ersten Bandes, dem dieses Jahr ein zweiter gefolgt ist (Karl Heinz Voigt, *Ökumene in Deutschland: Von der Gründung der ACK bis zur Charta Oecumenica*; eine Rezension dieses Bandes wird in einer späteren Ausgabe der APD-Informationen erfolgen). Das Buch ist mit einem Geleitwort des ehemaligen Vorsitzenden der ACK Deutschland, dem 2015 verstorbenen evangelischen Landesbischof Friedrich Weber, versehen. Es enthält einen Anhang zu Kirchenvereinigungen in Deutschland, ein Literatur- und Abkürzungsverzeichnis, sowie Personen- Orts- und Sachregister.

Ökumene in Deutschland will folgende Fragen beantworten: Wie verhielten sich die früheren Staats- und späteren Landeskirchen, die seit Jahrhunderten in territorialen Grenzen gelebt hatten, zu den weltweiten Entwicklungen? Wie wirkte sich das „Eindringen“ der international organisierten Freikirchen in ökumenischer Hinsicht aus? Zu welchen frühen Gruppierungen fand die innerdeutsche Ökumene? Den Begriff „Ökumene“ benutzt der Autor, um Beziehungen zu beschreiben, an denen Personen verschiedener Konfessionen und Denominationen nicht aus privatem Interesse, sondern im Sinne kirchlicher Repräsentation beteiligt waren.

Das Buch führt aus, warum ökumenische Ansätze in Deutschland bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts fast wirkungslos blieben. Ursache hierfür war zum einen die entlang alter Landesgrenzen geordnete Kirchenstruktur Deutschlands, die auf den Augsburger Religionsfrieden von 1555 zurückgeht: Der jeweilige Landesherr konnte die Religion seiner Untertanen bestimmen und war gleichzeitig oberster Kirchenleiter. „Territorial organisierte Kirchen mit langen Besitzansprüchen und

unter einem politisch mächtigen Staatsschutz konnten das unerwünschte und ungewollte Zusammenleben mit neu in Erscheinung tretenden überwiegend freikirchlichen Körperschaften nur als Verlust der eigenen Souveränität erleben“ (S. 14).

Gegenüber den Landeskirchen in Deutschland waren die Freikirchen des 19. Jahrhunderts in der Regel international ausgerichtet, sodass von ihnen ökumenische Impulse ausgehen konnten. Dies führt zur zweiten Ursache der schwierigen Durchsetzung des Ökumene-Gedankens: „Deutsches Nationalbewusstsein und ökumenischer Internationalismus lagen genauso im Widerstreit wie die durch die beiden Weltkriege, in die Deutschland verwickelt war, miteinander ringenden europäischen Völker. Ökumenische Initiativen fanden in den Anfängen eher am Rande der verfassten Landeskirchen einen Platz als dass sie in dieselben integriert gewesen wären“ (S. 14). „Für ein offenes zwischenkirchliches Handeln“ also „waren bis zum Beginn der Weimarer Republik die kirchlichen und politischen Voraussetzungen denkbar ungeeignet“ (S. 18).

Voigts Studie macht deutlich, wie wenig selbstverständlich die heute erreichten Ergebnisse zwischenkirchlicher Zusammenarbeit sind und wie nötig eine international ausgerichtete Perspektive ist, um ihre Entwicklung zu beschreiben. Denn die zentralen Impulse für die Ökumene in Deutschland kamen von außen: „Diese Impulse kamen weniger aus einzelnen Konfessionen als vielmehr aus den im 19. Jahrhundert in den USA - teilweise schon vorher in Großbritannien entstandenen überkonfessionellen Aktivitäten und wurden durch charismatische Führungspersonlichkeiten vermittelt“ (S. 260).

„Da waren zuerst die Bibel- und Traktatgesellschaften mit dem Schwerpunkt in London, die weltweite Sonntagsschulbewegung mit gemeinsamen Programmen, die vielgestaltige Studentenbewegung, die bald internationale Ausmaße über die Bereiche der sog. westlichen Kirchen hinaus annahm, die Arbeit mit Jugendlichen im traditionell überkonfessionellen YMCA/CVJM, ebenso in der Heiligungsbewegung mit den typischen ‚Conventions‘, zu denen Teilnehmer aus fast allen Kirchen zusammenströmten, die Evangelisationsbewegung mit den Großstadt-Kampagnen, weiter die konfessionsunabhängigen Studenten-Missions-Treffen, der Internationale Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen als ökumenische Friedensbewegung und schließlich auch der Weltgebetstag der Frauen“ (S. 260).

Voigts methodistischer Blickwinkel kann selbstverständlich nicht alle Erwartungen an den Titel „Ökumene in Deutschland“ erfüllen. So moniert Archivleiter Andreas Metzger von der evangelischen Kirche im Rheinland in

seiner Rezension, dass Voigts Buch „an der einen oder anderen Stelle wohl unreflektiert noch manch liebgewordenes Klischee über die Landeskirchen transportiert“ und „die für die Geschichte der Ökumene in Deutschland nicht unwichtigen Beziehungen zwischen den evangelischen Landeskirchen und der römisch-katholischen Kirche überhaupt nicht in den Blick nimmt.“ Aber das sind Dinge, die angesichts des hohen Werts der Arbeit Voigts nicht ins Gewicht fallen, wie Metzging selbst herausstellt.

Dass Adventisten nur am Rande erwähnt werden (zum Beispiel in Aufzählungen, in denen sie aus landeskirchlicher Perspektive den „Sekten“ zugeordnet wurden), liegt daran, dass die Siebenten-Tags-Adventisten (STA) im behandelten Zeitraum keinen nennenswerten Beitrag zur ökumenischen Entwicklung in Deutschland geleistet haben. Auf S. 87 wird lediglich in zeitlichem Vorgriff erwähnt, dass die Ergebnisse der interkonfessionellen Gespräche zwischen dem Lutherischen Weltbund und der Freikirche der STA (1994-1998) bei den deutschen Lutheranern auf wenig Gegenliebe stießen.

Die Ausführlichkeit der Darstellung Voigts unter

Hinzuziehung vielfältigen Quellenmaterials mit etlichen Zitaten bietet dem einschlägig Interessierten einen reichen Schatz an Informationen. Sie hat allerdings den Nachteil der drohenden Unübersichtlichkeit: dem Nicht-Spezialisten könnte aufgrund der Fülle an kirchengeschichtlichen Details schnell der Überblick verloren gehen. Es gibt nur eine Zwischenbilanz (S. 79-81). Das erste Kapitel enthält acht, das zweite sogar 18 Unterkapitel, die teilweise weiter unterteilt werden. Ein innerer Zusammenhang der Überschriften dieser Unterkapitel drängt sich beim Blick ins Inhaltsverzeichnis nicht sofort auf. Hier hätte sich der Rezensent mehr Zusammenfassendes gewünscht – kurze Zwischenbilanzen auch innerhalb der beiden großen Kapitel zum Beispiel.

Allen kirchengeschichtlich Interessierten sowie jedem, der sich näher mit zwischenkirchlichen Beziehungen befasst, kann dieses in einer „sehr lebendigen Reihe“ (Susanne Köhler, Projektmanagerin bei V&R) und bei einem renommierten Verlag erschienene Werk Karl Heinz Voigts empfohlen werden.

Jens-Oliver Mohr

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend)
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Dietmar Päschel
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland
20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info
- Facebook: APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
- Twitter: @apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind rund 35.000 Mitglieder in 559 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.